

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelszeile oder deren Raum 1.90 M., bei Planvorchrift 2.30 M., Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelszeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Zustäger, Zweiggeschäfte und alle Volkshandlungen entgegen.

Neukommunistische Gelüste.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit berichtet in ihrer heutigen Morgenausgabe unter der Ueberschrift: Sie Wunen sich nicht trennen, einige nette Affären von der Hilflosigkeit der Linken. Sie schreibt: „In der Montagabend-Ausgabe teilten wir mit, daß in der Nacht vom Sonntag zum Montag versucht wurde, in die Räume des Zentralbureaus am Schiffbauerdamm einzubrechen. Jetzt weiß die rote Fahne zu melden, daß „es sich hier nicht um einen Einbruch, sondern um etwas ganz anderes“ handelte. Der in Halle gewählte, neukommunistische Parteivorstand habe seine Bureaus „aufsuchen“ wollen aber die Schlüssel verändert gefunden. Das geschah seltsamerweise um 2 Uhr nachts. Wir nehmen dies Ergebnis der Untersuchung zur Kenntnis und befehlen uns, durch schnelle Wiedergabe in unserm Blatte eine breitere Öffentlichkeit von dem wahren Sachverhalt in Kenntnis zu setzen. Es handelt sich also nicht, wie wir zuerst annahmen, um einen richtigen Einbruch, sondern „es handelte sich um etwas ganz anderes“, was wir besonders auch darum mit besonderem Vergnügen betonen, damit der öffentliche Sicherheitsdienst weiß, wie er die Tag und Nacht ruhelos in der Gegend des Gebäudes Schiffbauerdamm 21 herumstreifenden Gestalten zu bewachen hat. Diese Leute sind harmlos. Die Sache klärt sich auch dadurch auf, daß, wie wir erfahren haben, im Laufe des Montag- und Dienstagmorgens kleinere Trupps unter Führung der Reichstagsabgeordneten W. Hoffmann, Eichhorn und Koenen im Hause Schiffbauerdamm 21 erschienen, wie gesagt, um „ihr Bureau“ aufzusuchen. Das fiel besonders deswegen auf, weil zwei von ihnen in früherer Zeit, als sie noch Mitglieder unseres Zentralkomitees waren und eine gewisse Verpflichtung hatten, im Bureau zu erscheinen, seltener in den geöffneten Räumen zu finden waren, als jetzt vor den verschlossenen Türen nächtlicherweile. Es wurde ihnen aber vom Portier mehrfach bedeutet, daß sie in den Räumen nichts zu suchen hätten, und daß auf Veranlassung des Eigentümers des Grundstücks Gerichtsbeschluß herbeigeführt werden solle, um festzustellen, wer rechtmäßiger Herr im Hause ist. Man versuchte aber der Rechtsfeststellung sogar dadurch vorzugreifen, daß man gestern vormittag die Tür zu unserm Bureau mit Rasthämmer aufzubrechen versuchte, um von unbegreiflicher Schnelligkeit gegen die selbige Arbeiterschaft zu gelangen. Auch daran wurde man von dem völlig von bürgerlichen Rechtsvorstellungen beherrschten Portier verhindert.

Ein vereiteltes Gewaltakt.

Frankfurt a. M., 20. Oktober. In der Nacht zum Montag haben die Neukommunisten versucht, das Parteiorgan Volkrecht gewaltsam in ihren Besitz zu bringen. Der Handstreich wurde vereitelt und die Eindringlinge mußten wieder abziehen.

Halle, 20. Oktober. Der in Halle abgehaltene Bezirksstag der Neukommunisten fordert in einer Entschließung die Reichstagsabgeordneten Treiblich Kunert und Raute auf, ihr Mandat der Partei zur Verfügung zu stellen.

Neukommunisten haben nicht das Recht, über Mandate der Unabhängigen Sozialdemokratie zu verfügen. Die verächtliche Namenschiebung nützt ihnen nichts.

Entfernung der Neukommunisten aus der Berliner Stadlverordnetenfraktion der USP.

Berlin, 20. Oktober. Gestern sind die Neukommunisten aus der Fraktion der USP, im Berliner Rathaus entfernt worden. Die Fraktion unserer Partei ist danach 64 Mann stark. Die der Neukommunisten umfaßt nur 20 Mitglieder.

Die österreichische Sozialdemokratie geht in Opposition.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts meldet aus Wien: Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, jeden Versuch der bürgerlichen, sie zu einer Koalitionsoberregierung oder sonstigen Mitwirkung in der Regierung zu gewinnen, abzulehnen. Die Frage ist vorläufig noch nicht aktuell. Sobald aber der Hauptanschlag des neugewählten Nationalrats zusammentritt, werden unsere Genossen ihre Regierungämter niederlegen. Die Arbeiterzeitung hat bereits am Montagnachmittag erklärt, daß dies die einzige mögliche Auschauung der Partei sei. Was bürgerliche Blätter über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei schreiben, ist falsch. — Abgeordneter Dr. Otto Bauer sprach heute in einer Massenversammlung über Lehren und Wirkung der Wahlen. Er erklärte für durchaus selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei nicht wieder in eine Koalition eintrete, ganz gleich in welcher Form und unter welchem Titel.

Der neugewählte Nationalrat setzt sich einschließlich der bisherigen Räteverordneten zusammen aus 78 Christlichsozialen (+ 14), 72 Sozialdemokraten (— 7), 16 Grobdeutschen (— 8), 3 Mitgliedern der Bauernpartei (+ 3) und einem Mitglied der bürgerlichen Arbeiterpartei. Zu diesen Mandaten kommen noch 15 Mandate auf Grund der Neuwahlen.

Wien, 19. Oktober. (W. L. B.) Das Zentralorgan der kommunistischen Partei in Oesterreich, Die Rote Fahne, bekennt offen die kommunistische Niederlage bei den Wahlen und stellt fest, daß die Zahl der kommunistischen Wähler sogar hinter der Zahl der organisierten Kommunisten zurückgeblieben sei.

Kritische Situation in Italien.

Mailand, 19. Oktober. In politischen Kreisen wird der Sturz Giolittis vorhergesagt. Der Bürgerkrieg droht. Nitti und mehrere sozialistische Delegierte sollen sich verbünden haben, um eine Abdankung des Kabinetts Giolitti zu erzwingen. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß Orlando die Macht an sich reißen will. Die Regierung will alle öffentlichen Versammlungen verbieten, um Unruhen zu vermeiden. Die Situation in Bologna wird täglich ernstlicher.

Ein letzter Rettungsversuch der italienischen Bourgeoisie.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der römische Korrespondent des Berliner Tagesblattes meldet: In ganz Italien schreitet jetzt die Regierung mit aller Strenge gegen die „anarchistischen Auswüchse“ ein. So wurden in Bologna als Urheber der letzten Zusammenkünfte mehrere Anarchisten sowie ein ungarischer Kommunist festgenommen. Die Regierung bestimmt, daß von den Behörden zur Wahrung von Ruhe und Ordnung keinerlei aufrührerische Kundgebungen und Versammlungen mehr abgehalten werden dürfen. Gegen Presseverbrechen soll ebenfalls streng eingeschritten werden. Die Regierung hat eine Verstärkung der Sicherheitspolizei, der sogenannten Königswachposten beschlossen, um gegen alle Unruhen gerüstet zu sein.

Bisher hat es Giolitti mit dem Zuckerbrod des Gewährenschaften versucht. Jetzt greift er, offenbar unter dem Druck der erschrockenen Bourgeoisie, zur Gewalt. Dieser Fitzakurs zeigt die Schwäche und Nützlosigkeit der Regierung. Sie wird den notwendigen Gang der Ereignisse so oder so nicht aufhalten.

Streik der englischen Bergarbeiter. Die Betriebe ruhen vollständig.

Amsterdam, 19. Oktober. Telegramm meldet aus London: Der Kohlenstreik ist heute allgemein. Mit Ausnahme der allerwichtigsten Arbeiten zur Ventilation und zur Entwässerung der Gruben ruht der Betrieb auf den Kohlenbergwerken vollständig.

Die Hoffnung des reaktionären Bürgerlums.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Reichstagsrat der Deutschen Tageszeitung meldet aus London: Der Generalsekretär des Verbandes der Gruppe Heizer, Fromen, erklärte, daß trotz der drohenden Haltung der Bergleute von Wales die Heizer entschlossen sind, weiter in die Werke einzufahren, um diese in einem guten Zustand zu erhalten. — Aus Barsay und Dudlay belagen die Berichte, daß die dortigen Bergleute nichts von einem Streik wissen wollen. Sie wüßten schon vorher nicht, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen sollten (?) und begreifen jetzt eigentlich nicht, warum gestreikt werden soll (?). Aus den Eisenbahngzentren, die für besonders streiktauglich gelten, belagen die Meldungen, daß großer Widerstand gegen eine eventuelle Teilnahme am Streik gezeigt wird. Der Sekretär des Bundes der Lokomotiven-Heizer erklärte, keine Möglichkeit zu sehen, daß sich das Personal dem Streik der Bergleute anschließen wird. In London verkehren heute die Bororia- und Arbeiter-Büge in der üblichen Weise. Also ist man in London beglückt des Streiks optimistisch gestimmt und rechnet mit einer sehr kurzen Dauer des Ausfalls. Ein Bergarbeitersführer erklärte, daß der Bergarbeiterstreik vielleicht schon Ende dieser Woche beendet sein werde, da man erkannt habe, daß die der Verständigung entgegenstehenden Hindernisse leichter aus dem Wege zu räumen sind, als man bisher angenommen hatte. Sehr übel wird in den Londoner Regierungskreisen die Tatsache vermerkt, daß ein Teil der französischen Presse den Kohlenstreik zu einem neuen Angriff gegen Lloyd George ausnützt.

Diese Meldung ist natürlich mit größter Reserve aufzunehmen. Sie spiegelt offenbar die Hoffnungen der englischen Bourgeoisie wider und ist aufgebaut auf den Höflichkeitsnachrichten der englischen kapitalistischen Presse, die die Streikenden zu verwirren sucht, wie wir das auch in Deutschland kennen. Als Probe von der Stimmung und dem Verhalten der arbeitserfreundlichen Schichten ist indes nicht ohne Wert.

Die Wirkungen des Streiks.

London, 19. Oktober. Havelock Wilson erklärte gestern, daß wegen des Kohlenstreiks bereits Tausende von englischen Seeleuten arbeitslos geworden seien.

London, 19. Oktober. Der Präsident der Transportarbeitergewerkschaften, Gosling, hat sich entschieden für eine Vermittlung im Streit der Bergarbeiter ausgesprochen. Die Haltung der Regierung deutet in keiner Weise darauf hin, daß sie die Absicht hat, neue Vorschläge zu unterbreiten. Zahlreiche Höflichkeit wurden jedoch gemacht. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Theater und Kinos geschlossen werden. Der Personverkehr wird, wenn der Streik fortbauert, vom nächsten Montag an um 10 u. S. einseitig anhalten werden.

Russisch oder international?

Das von dem russischen Absolutismus eskalierte, zermalmende Ich nimmt Revanche, daß es sich selbst in seiner revolutionären Gedankenwelt auf den Thron setzt und sich für allmächtig erklärt — als ein Verschönerungskomitee im Namen eines nicht existierenden „Volkswillens“. . . . Endlich erscheint auf der Bildfläche ein noch legitimeres Kind des Geschichtsprozesses — die russische Arbeiterbewegung, die den schönsten Anlauf nimmt, zum ersten Male in der russischen Geschichte nun wirklich einmal einen Volkswillen zu schaffen. Jetzt aber stellt sich das „Ich“ des russischen Revolutionärs schleunigt auf den Kopf und erklärt sich wieder einmal für einen allmächtigen Lenker der Geschichte — diesmal in der höchsten Majestät eines Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Der kluge Akrobat übersteht dabei, daß das einzige Subjekt, dem jetzt die Rolle des Lenkers zugesallen, das Massen-„Ich“ der Arbeiterklasse ist, das sich partout darauf versteht, eigene Fehler machen und selbst historische Diastektik lernen zu dürfen. Und schließlich sagen wir hoch unter uns offen heraus: Fehltritte, die eine wirkliche revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten „Zentralkomitees“, Rosa Luxemburg.

Bei einem Rückblick auf die verflozene Hallenser Tagung darf man nicht verweilen bei all dem persönlichen und sachlichen Kleinram, bei all dem Häßlichen, Tiefstaurigen, das bei derartigen Auseinandersetzungen unvermeidlich zu sein scheint. Man muß immer wieder den Kern des Streites herausfassen: Geht die Entwicklung russisch oder international? Die Rede Snowjews und Hilsberdings, nicht so belastet durch die Betrachtung der deutschen Parteibewegung im einzelnen wie die Referate der Moskauer-Delegierten der USP, spiegeln diese Gegensätze am stärksten wider.

Snowjews große rhetorische Leistung, seine vierstündige Rechtfertigungsrede war durchaus im russischen Gesichtspunkt gehalten. Es war eine schillernde Mischung sehr vereinfachter ökonomischer Analyse und kultivierter Demagogie, die sich besonders im Spiel mit den Begriffen „Reformismus und Opportunismus“ bewährte. Das unerwartete Angebot der Revision der Bedingungen in unklarer unverbindlicher Form am Schluß war kennzeichnend für die Methoden des bolschewistischen Redners. Hilsberdings Antwort war schärf und klar formuliert: „Wie soll geändert werden? Wer hat die Vollmacht zur Aenderung der von souveränen Kongress der Internationale angenommenen Bedingungen?“ Wir verlangen die Autonomie der Partei, weil wir eine Zusammenarbeit der Internationale wollen, keine russische Hegemonie. Russisch war der machtpolitische Standpunkt des Vertreters der Sowjet-Regierung, der immer wieder die Darlegungen des Sozialisten durchkreuzte, sowohl bei der Frage der Ostländer, sowie bei der Agrarfrage. Proletarisch-international ist die Erkenntnis, daß der Prozeß der Weltrevolution nicht so einfach ist, wie ihn die Russen sehen und daß die Methoden und Formen dieses Prozesses vom Proletariat eines jeden Landes erarbeitet werden müssen unter Berücksichtigung der ökonomischen, politischen, psychologischen Verhältnisse der einzelnen Staaten. Echt russisch war die krankhafte Sucht zur Spaltung, die sich besonders in zahllosen Angriffen gegen die „gelbe“ Amsterdamer Internationale kundtat. Proletarisch international ist die Erkenntnis, diese letzte aktionsfähige Arbeiterorganisation zu erhalten, durch rastlosen Kampf von innen heraus umzugestalten. Die Arbeitsgemeinschaftstendenzen durch die internationale gerichteten Arbeitermassen zu überwinden. Russisch war auch die dauernde moralische Verdächtigung der Gegenseite. Echt international ist die esegante, nicht verfehlende Abwehr Jean Longuets.

Vorkäufig haben die russischen Tendenzen gesiegt, ein Teil der Partei ist abgefallen, es kommt der Kampf um die Organisation, die Presse, um den Parteiparat. Dieser Kampf mit all seinen verpöfenden und verfehenden Nebenerscheinungen kommt zu einer Zeit, wo die ökonomische Lage die einheitliche Mobilisierung des Proletariats gegen die Bourgeoisie erfordert. Dieser gemeinsame Kampf aller Arbeiterschichten und Parteistellungen müßte die Kräfte des Proletariats absorbieren und würde Unterschiede der Meinungen und Temperamente mildern und ihre hemmenden Wirkungen auf die Bewegung beseitigen.

Es ist aus vielerlei Gründen anders gekommen, geben wir uns daher keinen Täuschungen hin, über die schwierige Lage des Proletariats und Deutschlands. Die Neukommunisten werden noch oft an die Mahnung von Jean Longuet denken: Es ist leicht die Moskauer Bedingungen anzunehmen, aber weit schwieriger sie durchzuführen. Es ist leichter eine Partei zu gründen, als eine neue zu errichten. Es ist schwer bei der heutigen Schmachkonferenz des Radikalismus rationale Grundfragen und wissenschaftliche Unterzählungen zur Grundlage politischer Diskussionen und Aktionen zu machen.

In dieser politischen und psychologischen Lage müßten wir uns vor zwei Gefahren hüten: Wir dürfen keine Rechtsabweichung

machen als Sozialisten gegen den Herradikalismus, und dürfen uns auch nicht, gerührt auf unsere ökonomische Einigkeit, hüten als eine Partei der Führer und Theoretiker.

Vor der ersten Gefahr muß uns warnen der Fortschritt der Rechtssozialisten in Kassel mit seiner nur reformistischen Rede, wo man vor lauter Mißverhältnissen für Lehrer, Beamte, Artze und jede proletarische Schicht die Aktion, den Willen zur Aktion vermag.

Die zweite weit größere Gefahr kann nur gedankt werden durch unvermeidliche Kleinheit und wirtschafts-politische Befehring der Massen, besonders der aktivistischen Genossen und Funktionäre. In Wort und Schrift muß dieser Kampf geführt werden um das Bewußtsein und Bewußtsein der Arbeiterklasse. Die wirkksamste Propaganda ist eine wirklich revolutionäre marxistische Politik, getragen von der Erkenntnis der inneren Zusammenhänge, geführt zur Vertretung des dauernden Gesamtinteresses der Arbeiterklasse. Diese Politik muß weder weislich noch ästhetisch, sondern international gerichtet sein. Es ist die große Gefahr des Kommunismus für die gesamte Arbeiterbewegung, daß er die Vereinfachung und Verbilligung aufstellt, um sie dann zu unüberlegten haarsträubenden Aktionen anzuregen. Das wird sich zeigen, wenn man im Winter Politik nach dem Rezept der roten Fahne im Ruhrrevier machen sollte. „Man treibt die Revolution voran“ wie in Stuttgart und die sichere Niederlage trifft dann nicht nur die Partei, sondern das gesamte Proletariat.

Um diese Gefahr zu bekämpfen, muß unsere Partei die Rolle des „getreuen Elternd“ spielen, um mit Engels zu reden. Sie hat zu warnen und zu beraten, nicht um jeden Preis zu bremsen. Wir müssen rücksichtslos aus den ökonomischen Tatsachen die politischen Schlüsse ziehen und durch praktische Vorschläge beweisen, daß es eine revolutionäre Politik gibt ohne dauernd wechselnde „Ohnmachtsparolen“ der Kommunisten; so bezeichnet Koenen die Parolen der roten Fahne. Wir müssen durch Denken und Handeln erhärten, was wir von Karl Marx gelernt haben, die „Sinnlose von Reform und Revolution zu finden. „Militärische Reise über Leipzig nach Kassel“ rief höhrend Adolf Hoffmann. Dies Schlagwort für den nächsten Grobherbst-Zahlabend ist nur ein irreführender Weisheitswort. Wir denken gar nicht daran, Herrn Oberbürgermeister Scheidemann zu besuchen. Nein, unsere Reise geht in internationalen Expression über Paris nach London, und hoffentlich um die ganze Welt. Wir trauen nicht dem Sonderzug nach Moskau, der leicht entgleiten kann, wegen anormaler Spitzweite und schlechtreparierter Lokomotiv.

Die Weltrevolution wird den Erdball umkreisen, nicht geführt von einer russischen, sondern getragen von einer proletarischen internationalen Internationale. Diese Organisation zu errichten helfen, den internationalen Geist zu pflegen ist unsere Geschichtsaufgabe. Wir müssen an ihr arbeiten, trotz Reformismus und Nau-Russentum. Diese Aufgabe müssen wir erfüllen, in dem wir die Einheit der Gewerkschaftsbewegung erhalten, durch energische Revolutionierungsarbeit in der Organisation, der Spaltungsgefahr entgegenzutreten. Dieser Aufgabe müssen wir uns widmen im Kampf um die Einheit der revolutionären Aktion, die der Winzer bringen kann. In diesem Sinne müssen wir tätig sein, wie immer die Möglichkeiten in der Entwicklung sich gestalten. Dieses Wirken ist kein Vergnügen und keine leichte Sache, es erfordert Geduld und Ausdauer, Klugheit und revolutionäre Energie, es verlangt Herz und Hirn, es erfordert Selbstlosigkeit und Einsetzung der ganzen Person. Aber diese Arbeit muß geleistet werden nicht nur für die Partei, sondern in der deutschen Sektion des Proletariats der Welt. D. Jonissen.

Parlamentsbeginn.

Berlin, 10. Oktober.

Gleich die erste Sitzung des Reichstags zeigte, daß die Aktionäre Deutschlands sich stark fühlen, denn als die Unabhängige Fraktion durch den Genossen Ledebour den Antrag begründete, unsern Antrag gegen die Ausweisung Sinowjews heute zu verhandeln, erhob die Rechte nicht nur ein stürmisches Gelächter, sondern der Sprecher, Schulz-Bromberg, forderte auch, daß Sinowjew so schnell als möglich ausgewiesen werde und seine (Schulz's) Freunde widersprachen der Behandlung des Antrags. Genosse Ledebour charakterisierte dieses gewalttätige Verlangen als Terrorismus, wie er auch die Ausweisung der selben Russen als Terrorismus der Regierung brandmarkte. Die Verhandlung des Antrags konnte nun wegen des Einspruchs der Rechten nicht stattfinden.

Auch sonst erlebte die vorgesehene Tagesordnung, wie auch das gesamte Arbeitsprogramm für die nächsten Tage eine sehr starke

Salle.

Der Parteitag ist zu Ende.

Die Sitzung schließt über dem Tore der Halle.

Parteitag U. Z. P. D.

Die Delegierten, Rückblickend kann wohl behauptet werden, daß das „Z“ mit Absicht dort stand. Es sollen sich verschiedene Auslegungen denken. „Zerrissene Partei.“ Wie weit der Riß schon vor der Tagung lag, bewies die gesamte äußere Anordnung. Der Erscheidungsprozeß rechts im Garten war zur kommunistischen Buchhandlung geworden. Der linke war Kellnersche für die rote Fahne und SPD. Jeder Baum, jede Säule mit kommunistischen Werbeplakaten geschmückt. Verkäufer der roten Fahne und des „Sowjet-Sterns“ standen bis zum Kongresssaal in reichlicher Anzahl. Der Schriftenschieß von „Unabhängiger Literatur“ blühte perborgen wie ein bescheldenes Weibchen — lagen wir müde, unterm Dach.

Amerika hatte einen „Kutbesitzer“ geschickt, der sich mit diversen Photographen im Garten tummelte.

Am ersten Morgen ständiges Warten der Delegierten vor der verschlossenen Saaltür. Gründe? Die erfuhr jeder, sobald er die auf seinem Platte liegende Mappe zur Hand nahm, und die reichlich verteilten Broschüren kommunistischer Herkunft liegen sah.

War das überhaupt ein Parteitag der U.Z.P.D.?

Sätze von sozialer Literatur wurden im Laufe der Tage verteilt. Schon dabei ging es partiellisch zu.

Das umfangreiche Buch Die 3. Internationale wurde nun an die Besüßworter der Bedingungen abgegeben. „Es ist von

dem Genossen, der diese Bücher gekiffet hat, so bestimmt“, erklärte der Vertreter.

Die Rede Klappte tadellos, bis auf einige kleine Fehler am Schlusse der Tagung. Adolf Hoffmann lasen das Manuskript perforen zu haben. — Die Galerie arbeitete Hand in Hand mit einem Teil des Plenums. Besonders am Tage der Rede Sinowjews. Es mußte sie klappen. Der Lept von der SPD, und seine Freunde lagen mit dem Rücken nach der Bühne und überprüften ihre Gesichtsarbeit. Von hier aus wurde alles dirigiert. Auch die Galerie! Man sollte aber doch als Anhänger der 3. Internationale nicht bloß zwei Finger zum Zeigebogen verwenden. Man könnte sonst in den Verdacht geraten, nach Genf zu neigen.

Sing die ersten Tage in der Bühnenmuschel eine rote Fahne „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch.“ — Es lebe die kommunistische Internationale! So war sie am Tage nach Sinowjews Rede erheit durch ein rotes Banner mit dem Spruch „Dem Weltlichen Arbeiter- und Soldatenrat der Arbeiter der Weltbürger Kommune.“ Kein Mensch wußte, wer diese Umänderung vorgenommen hatte.

„Mein Kind, wie unschuldig du bist. Wenn dir nichts zu beweisen ist!“

Ketner wußte, was es gelien hatte, jeder merkte aber, warum die Umänderung, Sinowjews Erfolg. Mebrgens, warum hat man nicht Sinowjew mit seinem Landsmann und Genaur Karlow einmal photographiert? Diese Gegenüberstellung wäre doch interessant gewesen. Das geheute, kleine Männchen, der Menschewiki Marlow und der Keratopi des Volksherrn Sinowjew nebeneinander.

Die Regierung sabotiert das Betriebsrätegesetz.

Nach dem § 70 des Betriebsrätegesetzes soll möglichst bald ein Gesetz erlassen werden, nach dem ein oder zwei Betriebsräte mitglieder in den Aufsichtsrat ernannt werden müssen. Die Regierung hat bisher unter dem Druck der Unternehmern noch immer nicht Zeit gefunden, diesen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen. Diese Verzögerung ist nun selbst einigen rechtssozialistischen Abgeordneten zweifel geworden. Der rechtssozialistische Abgeordnete Giebel erklärte deshalb in einer Anfrage: „In allen Arbeitnehmerräten wird großes Gewicht auf die schleunige Herbeiführung dieses Gesetzes gelegt.“ — Er fragt die Regierung, ob sie bereit ist, diesen Gesetzentwurf dem Reichstage alsbald nach seinem Zusammentritt vorzulegen, um zu ermöglichen, daß er noch vor Jahresfristung vom Reichstage verabschiedet werden kann.

Die Steuerhinterziehung der Kapitalisten.

Der rechtssozialistische Abg. Reil hat im Reichstage eine Anfrage eingebracht, die das Interesse der weitesten Öffentlichkeit verdient, da sie ahnen läßt, welche ungeheuerliche Manipulationen die noch heute richtige Gewinne erzielenden kapitalistischen Unternehmungen vornehmen, um sich der Besteuerung ihrer Gewinne zu entziehen. Es heißt in der Anfrage:

„Vor einigen Wochen sind durch das Gewerkschaftsblatt Der freie Kapitalist aus dem Bericht der im Jahre 1914 eingeleiteten Prüfungskommission des preussischen Kriegsministeriums in Sachen der Daimler-Motoren-Gesellschaft ausgehender Einzelheiten mitgeteilt worden, die von größtem Interesse sowohl von allgemein wirtschaftlichen als auch von steuerlichen Gesichtspunkten aus sind. Der Bericht in seinem ganzen Wortlaut ist aber bisher nicht bekannt geworden. Ist die Reichsregierung bereit, diesen Prüfungsbericht baldmöglichst der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?“

Die Öffentlichkeit hat ein Recht von der Regierung, zu verlangen, daß sie in kürzester Frist erzählt, wie es sich mit den hier erhobenen Anschuldigungen verhält. Eine einwandfreie Auskunft kann nur durch die sofortige Veröffentlichung des angezeigten Berichts erzielt werden.

Milchwirtschaft im Reichsernährungsministerium.

Auf dem Parteitag der Rechtssozialisten sind bekanntlich von dem preussischen Landwirtschaftsminister Braun und dem Abgeordneten Heilmann gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes scharfe Vorwürfe erhoben worden. Mit einer Stimme Mehrheit hat auf Grund der erhobenen Anschuldigungen der Parteitag ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsernährungsminister beschlossen. Über die Vorwürfe, die Dr. Hermes gemacht werden, entnehmen wir dem Vorwärts folgendes:

„Eine der ersten planlosen Taten des Herrn Hermes war gegen Einspruch aller Sachverständigen und der Industrie eine Woblmachung gegen den Reichsausschuß für Dole und Fette. Dieser Ausschuß wurde für Verhältnisse verantwortlich gemacht, die viel mehr von der Reichsstelle für Speisefette verhandelt waren. Der Unterschied zwischen den beiden Stellen lag nur darin, daß Hermes in der Reichsstelle für Speisefette willkürliche Wertungen seiner planlosen Wirtschaft fand, während das alte Direktorium des Reichsausschusses für Dole und Fette eine organisierte und planmäßige Wirtschaft mit Unterstützung der Industrie führen wollte. Hermes verbot sofort im Mai d. J. jedes weitere Einkaufen von Rohstoffen für die deutsche Margarine- und Doleindustrie, während er durch die Reichsstelle für Speisefette auf Kosten der deutschen Industrie und Konditorien Verfallsabfälle,

im besonderen Margarine, zu neuen Preisen einführen ließ. Die deutsche Margarineindustrie verbrauchte nun in steigendem Maße die vorhandenen Rohstoffe. Die Rohstoffe wurden sehr schnell aufgebraucht, ohne daß neue Käufe und neue Eindeckungen vorgenommen wurden, obwohl Hermes auf diese Entdeckung von schmerzlicher Seite aufmerksam gemacht worden war. Im September trat naturgemäß eine plötzliche Notlage in den Rohstoffen für die deutsche Margarineindustrie ein und der Reichsausschuß, der schon in den letzten Vorkriegstagen, Stunden, alle nur möglichen vorhandenen Rohstoffe zu jedem Preise einzukaufen. Durch diese sinnlose Wirtschaft wurden in einigen Tausen Rohstoffe — in Dole und Fette umgerechnet für 50 Millionen Kilogramm — auf Kosten des Reiches eingekauft. Diesen plötzlichen Einkauf für 50 Millionen Kilogramm Fett und 50 Millionen Kilogramm Dole und Fette im Mai und Juni dieses Jahres Rohstoffe so billig hätte einkaufen können, daß die Fabrikate höchstens auf 14 bis 15 M. pro Kilogramm gekommen wären, während sie jetzt auf 25 M. zu sehen kommen. Das bedeutet eine Mehrerausgabe auf Kosten des Reiches und der deutschen Konsumenten von einer Milliarde Mark! Das kommt, daß Hermes auch die Wirtschaft der deutschen Dole- und Fettsäurehersteller, um den Anzweifeln und Händlern mindestens 300 Millionen Mark in die Taschen zu werfen. Der Frau ist durch diese Wirtschaft des Herrn Hermes von 2,00 M. pro Kilogramm auf 7,00 M. gestiegen. Dieses Defizit von mindestens 1 1/2 Milliarden Mark nur bei pflanzlichen Oelen und Fetten wird auf über 2 Milliarden Mark erhöht durch die gleiche planlose Wirtschaft bei den tierischen Fetten. Die Eindeckung des deutschen Schmalzbedarfs bringt heute eine Mehrbelastung gegenüber dem Mai und Juni von ca. 1/2 Milliarden Mark, weil sich die Preise von ca. 21 M. auf 34 M. gesteigert haben.“

Heilmann hat in Kassel ferner ausgeführt, daß weitere Hunderte von Millionen dadurch sinnlos hinausgeworfen worden seien, daß Dr. Hermes der Reichsgetreidestelle unterlag habe, selbst im Zustande einzukaufen. Diese müsse sich dazu der Getreidehändler bedienen, die für ihre Tätigkeit 1 1/2 Prozent Provision einfordern. Der preussische Minister Braun hatte davon gesprochen, es müsse verhindert werden, daß ein hoher Beamter wieder eingestellt werde, von dem er positiv wisse, daß er bestechlich sei. Es handelt sich um den Ministerialrat und Geheimen Regierungsrat Dr. Erich Augustin aus dem Reichsernährungsministerium, der von dem Zentralminister Dr. Hermes besonders begünstigt wird. Der Staatssekretär Dr. Huber erklärte einem Angehörigen des Ernährungsministeriums, der Bedenken hatte, unter diesem Augustin zu arbeiten, daß der Minister Hermes Kenntnis von der Annahme von Besetzungsgeldern durch Dr. Augustin habe. Trotzdem erhielt Augustin die Stellung einer Abteilung im Reichsernährungsministerium, die folgende Aufgaben zu erledigen hatte: landwirtschaftliche Berufsvertretung, landwirtschaftliches Kreditwesen, allgemeine Arbeiterfrage, Reichsarbeitsgemeinschaft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Arbeitsvermittlung, Ermittlung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, Indexpromission, Betriebsorganisation, Wirtschaftsbildung, Buchführung, Futtermittel, Einfuhr und Verteilung von Mais für Zwecke der Schweinemast, Einfuhr von Kraftfuttermitteln, Ein- und Ausfuhr von Tieren, Erbsen- und Weizen, Molkeerzeugnisse usw. Dieser Dr. Augustin ist nun endlich aus seinem Dienst entlassen. Er erhält für vier volle Urlaubsmonate das Gehalt ungekürzt ausgezahlt.

Weiter wurde im Vorwärts gegen den Geheimrat Bode, die rechte Hand des Ernährungsministers Dr. Hermes, der schwere Vorwurf erhoben, er habe durch seinen gemeingefährlichen Bürokratismus die Versorgung der amerikanischen Wirtschaftshintertrieben. Der Vorwärts richtet an Dr. Hermes die Anfrage, ob es wahr sei, daß dieser gemeingefährliche Bürokrat als Belohnung für seine „Verdienste“ zum Ministerialdirektor befördert worden sei. Eine Antwort auf diese Frage ist unseres Wissens bisher noch nicht erfolgt.

Außer allen diesen sehr schweren Vorwürfen sind aber auch noch Anschuldigungen gegen den Reichsernährungsminister selbst erhoben worden. Dr. Augustin soll auch die Anweisung zur gleichmäßigen Entnahme von Geldern aus der Reichsausschusskasse für Stiefelöl gegeben haben. Mit den eingespartenen Geldern sollen für den Gebrauch des Ministers Dr. Hermes ein Auto für 280 000 Mark und eine Möbelausstattung für ein Empfangszimmer für 87 000 Mark angeschafft worden sein. Schließlich soll noch ein Vizepräsident veranlaßt worden sein, über das Gehalts einer Kassenprüfung wahrheitswidrige Aussagen zu machen.

Nach einer amtlichen Meldung soll über die gegen den Reichsernährungsminister erhobenen Anschuldigungen, soweit sie die Wirtschaftspolitik betreffen, bei den bevorstehenden Verhandlungen im Reichstage die erforderliche Klärung herbeigeführt werden. Soweit sich die Vorwürfe gegen die Person des Ministers selbst richten und keine Geschäftsführung betreffen, hat nach der amtlichen Mitteilung der Reichsanwalt auf ausdrücklichen Wunsch des Reichsministers Dr. Hermes im Einvernehmen mit dem Kabinett den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister beauftragt, die Sach- und Rechtslage festzustellen.

Hoffentlich werden die angeführten Untersuchungen mit der notwendigen Gründlichkeit und Objektivität geführt. Die Bestonung dieser Voraussetzungen erscheint notwendig angeht einer Freijerung der Germania, des Zentralorgans der Partei des Herrn Hermes. Nach diesem Blatt hält es auch die Zentrumsparlei für notwendig, die Anschuldigungen gegen Dr. Hermes nachzuprüfen. Das Blatt fügt aber hinzu, man glaube zwar nicht an die Schuld Hermes, man wolle doch nur feststellen, daß

Ein Redner, dieser Sinowjew! Viele Behauptungen, wenig Beweise, und die wenigen stimmen nicht. Fragestellung, Antrag zur Beantwortung, bei benutzlichen Stellen ein Sieb auf die rechten, alles verratenden Führer, tabender Weisfall seiner Anhänger, und dann — ein neues Thema. Die Antwort — bleibt man schuldig. Geschicht — aber einem Parteitag sollte man so etwas nicht zumuten dürfen. — Longuet war gerade das Gegenteil.

Wochenlang hat sich die Partei wegen dieser Verhandlungen zerfleischt. Unzählige Male ist erklärt, was unannehmbar ist. Die Resolution Ledebour und Genossen lag dem Parteitag vor. Vier Stunden „Geweiss“ Sinowjew, daß die Bedingungen so hart sein müssen, um am Schlusse der Rede zu sagen: „Formuliert, was euch nicht gefällt, ich bin vom Exekutivkomitee zur Verrückung ermächtigt.“ Kann man sich etwas Zynischeres denken? Nero beim Brande Roms!

Der Parteitag ist vorbei; der unabhängige Parteitag, der im Wirtschaftlich ein kommunistischer war. Wir haben hier die Revolution eines Systems können gelernt, das wir ablehnen — ablehnen müssen. Das Hallenser Volksblatt schrieb am 10. Oktober in einem längeren Artikel über die Art, die Politik bei der Blaise zu verpacken, zeichnet mit aller Schärfe die Wirkung dieser „revolutionären“ Arbeit und schließt:

„Und das alles feler! man als „Säuberungsprozess“ — und nicht nicht, daß morgen auch die „Säuberer“ gesäubert werden, daß die „Reinigung“ unaufhaltsam auf sich kriegt, bis schließlich nur die kräftigste Gruppe der Reiniger als Diktatoren übrigbleibt. Wir malen zu schwarz? Scharf! Rechen wir uns, wenn es nach nicht so weit ist. Aber das System führt in diese Hölle!“

Und der Parteitag brodet bereits in der Hölse dieser Hölle! Der Unabhängige, sog. Parteitag, der eigentlich keiner war, ist zu Ende. Die Partei wird jetzt arbeiten können. Es ist zu

also majole Hehe gegen ihn getrieben werde. Dagegen, daß mit einer solchen Vereinigungsmöglichkeit an die „Verfassung“ der Sache herangegangen wird, muß von vornherein entschiedener Verwahrung eingeleitet werden. Mit allem Nachdruck muß eine wirklich gründliche und unparteiische Untersuchung gefordert werden. Selbst wenn nur ein Teil der erhobenen schweren Anschuldigungen auf Wahrheit beruht, muß man dem Urteil eines rechtsstehenden Gremiums zustimmen, das sagt, daß das Reichsministerium unter seinem jetzigen Leiter zu einer Stelle der Korruption geworden ist. Eine reifliche Klärung der dunklen Affäre ist besonders aus zwei Gründen unbedingt notwendig. Einmal ist es geradezu himmelschreiend, wenn in einer Zeit der schlimmsten Finanznot, da man Sparmaßregeln in jeder Hinsicht predigt, tatsächlich in der angegebenen Weise mit den Geldern gewirtschaftet worden ist. Andererseits erfordert die missliche Lage, in der sich unsere Ernährungswirtschaft befindet, an der Spitze des Ernährungswesens einen Mann, der mit größter Sachkenntnis und Umsicht die Ernährungswirtschaft leitet. Jedenfalls ist es ein unabweisbarer Zustand, daß Dr. Hermes das so verantwortungsvolle und wichtige Amt ruhig weiter verwaltet, solange die gegen ihn erhobenen schweren Anschuldigungen nicht rechtlich entkräftet sind.

Der Kampf gegen den Kartoffelwucher.

Mainz, 20. Oktober. Die Arbeiterschaft hat infolge von Zurückhaltung und Verschlebung von Kartoffeln an die volkreichste Gemarkung ein Ultimatum gestellt, zu bestimmter Stunde etwa 10 Zentner Kartoffeln vom Morgen zum Preise von 25 Mt. abzuliefern, widrigenfalls Selbsthilfe Maß greifen würde. Es wurde ein Aktionsausschuß gebildet.

Wir verstehen die Erregung der Mainzer Arbeiterschaft nur zu gut. Der Weg, den sie eingeschlagen hat, führt aber schon deshalb nicht zum Ziel, weil ihre Forderung nur einen lächerlich geringen Teil der Kartoffelernte erfährt. Denn der Morgen trägt nach den Feststellungen für dies Jahr durchschnittlich 75 Zentner, so daß den Bauern 60 Zentner pro Morgen für den Wucher freibleiben würden.

Wieder ein „Anschuldiger“.

München, 19. Oktober. Wie der Herausgeber der wegen ihrer separatistischen Politik wiederholt genannten Zeitschrift „München“ der ehemalige Oberleutnant Kuhn, der München-Kugelschreiber Wendenzeitung mittelteil ist das gegen ihn und seine Genossen wegen Schererrats eingeleitete Verfahren vom Oberstaatsanwalt unter Zurückgabe sämtlicher beschlagnahmter Akten eingestellt worden.

Wiederholte Anschuldigungen gegen Erzberger.

In einem Prozeß des ehemaligen Reichsministers Erzberger gegen den Herausgeber der Nationalen Korrespondenz Dr. Bildl hatte Erzberger den gestellten Strafantrag zurückgegriffen, weil er angeblich Genugtuung erhalten hatte. Jetzt erhebt Dr. Bildl in einer Erklärung in der Deutschen Zeitung erneut die Anschuldigung, daß Erzberger in einer Reihe von Fällen falsche Steuererklärungen abgegeben und im Prozeß fälschlich unter seinem Eid in einer Reihe von Fällen bewußt die Unwahrheit gesagt habe. Dr. Bildl betont ausdrücklich, daß er seine Anschuldigungen wiederholt in aller Öffentlichkeit erhebt, um Erzberger Gelegenheit zur Wiederabnahme seines Strafantrags zu geben.

Um Danzigs Schicksal.

Danzig, 20. Oktober. II. Die Spannung in Danzig über das in Paris sich vorbereitende Ergebnis ist in den letzten Stunden außerordentlich gewachsen. Aus dem französisch-englischen Konventionenentwurf gibt der East York einige Hauptpunkte wieder, nach denen Danzig das Recht erhalten soll, seine eigene Flotte zu führen, daß in Danzig die Hafenverwaltung zu belassen ist, daß die Danziger Hafenverwaltung den gesamten ehemaligen Besitz des Deutschen Reiches und des preussischen Staates auf dem Territorium der freien Stadt erhält und die Zollverwaltung in Händen der freistädtischen Behörden zu belassen ist.

Danzig, 19. Oktober. Die Verfassunggebende Versammlung beschloß heute in einer außerordentlichen Sitzung mit einem Antrag auf Erweiterung der Vollmachten der in Paris weilenden Danziger Delegation; die Delegation hatte sie erhalten, da die alliierten Hauptmächte verlangen, daß ihnen die durch die Bewilligung und Befestigung des Gebietes der freien Stadt Danzig entstehenden Kosten anteilig ersetzt werden. Die Versammlung nahm den Antrag, eine entsprechende Vollmacht dem Oberbürgermeister Sahm und dem Abgeordneten Schimmer zu erteilen und den Abgeordneten Sewelowski mit weiteren Instruktionen nach Paris zu senden, gegen die Stimmen der Polen und der Unabhängigen an.

Der Krieg im Osten.

Jum russisch-polnischen Vorrieden.

Wien, 19. Oktober. (II.) Die russisch-polnische Friedenskonferenz in Wiga hat durch den Dmann der russischen Delegation und durch den Dmann der polnischen Delegation, Donski, die Unabhängigkeit Weißrusslands offiziell anerkannt. Die Frage, welche von den bestehenden weißrussischen Regierungen als rechtmäßige betrachtet werden soll, wird vorläufig nicht erörtert werden.

Wien, 20. Oktober. (II.) Demberger Blätter berichten, daß alsbald mit der Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Polen und Sowjetrußland auch der Waffenstillstand zwischen den Kruppen Petljuras und den Sowjettruppen Sonntagabend eingetreten ist.

Der polnisch-litauische Konflikt.

Paris, 19. Oktober. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundes steht die Frage des Konflikts zwischen Polen und Litauen. Der Völkerbund hat die beiden Länder eingeladen, sich vertreten zu lassen.

Warschau, 19. Oktober. Nachrichten aus Wilna besagen, daß bei einer letzten Sitzung der vorläufigen Verwaltungskommission General Zeligowski eine Erklärung verlas, in der er sein Vorhaben auszusondern und sein Programm darlegte. Alle Mitglieder der vorläufigen Regierung sollen den Eid geleistet haben.

Die Kämpfe der letzten Tage.

Der russische Herrscherbericht vom 17. Oktober meldet u. a.: Im Abschnitt Polozk ziehen sich unsere Truppen zur Landesgrenze zurück. — Im Abschnitt Wlinsk ziehen die Polen ihre Angriffe fort, werden aber von unseren Truppen zurückgeschlagen. — Im Abschnitt Scharj sind wir, den Vormarsch der Polen zurückschlagend, zum Gegenangriff übergegangen, wobei wir einige Ortschaften 7 Meile östlich von Scharj besetzten. — Im Abschnitt Lunin sind Kämpfe von örtlicher Bedeutung. — Im Abschnitt Sarny haben wir die feindlichen Angriffe am Fluße Tchorj zurückgewiesen. — Abschnitt Kowograd—Wolynsk: Unsere Truppen besetzten einige Ortschaften 8 bis 20 Meile östlich Kowograd—Wolynsk.

Kopenhagen, 19. Oktober. Das hiesige skandinavische Pressebureau meldet aus Kantonen-Pobolst unter dem 15. Oktober: Der linke Flügel des ukrainischen Heeres, der in der Gegend Staro-Konstantinow—Chmelnyk—Schweydnitz lag, wurde von sechs jüdischen Infanterie- und zwei Kavalleriebrigaden, zusammen gegen 25000 Mann, angegriffen. Die Bolschewiken, die an mehreren Stellen verstanden, die linke Flanke und Weg zu überbrücken, wurden mit schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Allein bei Schmeronta wurde eine Kesseler-Brigade

von 2000 Mann vollständig aufgegeben. Zwischen Mohilew-Podolst und Kowno-Ushnja finden Kämpfe von lokaler Bedeutung statt. Das ukrainische Oberkommando bereitet sich auf mehrere Angriffe vor, da man entdeckt hat, daß in den Gegenden zwischen Staro-Konstantinow und Verbitschew und weiter nach Norden bei Schmeronta Zusammenziehungen von feindlichen Truppen stattgefunden.

Winsk wieder in den Händen der Russen?

London, 19. Oktober. Times zufolge melden die Bolschewiken die Wiedereinnahme von Winsk, das von den Polen aufgegeben worden ist.

Sieg der Sowjettruppen über Wrangel.

Stockholm, 19. Oktober. Aus Moskau wird gemeldet: Die Sowjet-Truppen haben einen großen Sieg über Wrangel im Naimne von Aljopol davongetragen. Die Kavallerie Wrangels ist vollständig aufgegeben und befindet sich nach ungeheuren Verlusten in voller Flucht.

Ein Seesieg im Nowischen Meer.

Wien, 20. Oktober. (II.) Wie dem Neuen Wiener Tagblatt aus Wiga gemeldet wird, ist es den Bolschewiken gelungen, ihre Flotte im Nowischen Meer wiederherzustellen. Nach einer Meldung der Moskauer Wreda ist es kürzlich zu einem Treffen mit Wrangelschen Seestreitkräften gekommen. Für die nächsten 24 Stunden wird mit dem Eintreffen eines Mittelmeer-Geschwaders der Entente an der Krim-Küste gerechnet.

Der englisch-russische Gefangenenaustausch.

London, 18. Oktober. Die Sowjet-Regierung hat auf die Note der britischen Regierung geantwortet, die russische Regierung sei darauf vorbereitet, unverzüglich den Gefangenenaustausch zu beginnen. Die russische Regierung lehnt vor, den Austausch über die finnische Grenze zu bewerkstelligen. Die Sowjet-Vertreter in Tokio setzen inständig die Frage der Rückkehr der Baltica-Gefangenen so zu behandeln, wie in der Note Turans vereinbart worden ist. Bezüglich der russischen Sowjet-Gefangenen hofft die russische Regierung, daß deren Auslieferung in Venedig, Konstantinopel und Batou sich ebenfalls bewerkstelligen lassen wird.

Die Entente fordert die Auslieferung bulgarischer Kriegsverbrecher.

Basel, 20. Oktober. (II.) Wie aus Sofia gemeldet wird, haben die Vertreter der Entente der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, in welcher sie die Auslieferung von 507 Militär- und Zivilpersonen verlangen. Auf der Liste befinden sich auch die Namen des gewesenen Königs Ferdinand und seines Ministerpräsidenten Radostawow.

Demonstration gegen den Wucher mit Zucker in Prag.

Prag, 18. Oktober. (Tschchoslowakisches Preisbureau.) Heute nachmittags hielten die beiden Flügel der Tschchoslowischen Sozialdemokratischen Partei zwei getrennte Volksversammlungen gegen die Teuerung des Zuckers ab. Die Teilnehmer der rechtssozialistischen Versammlung gingen ruhig auseinander, nach der Versammlung der Linken kam es jedoch zu Demonstrationen, wobei einige Kaffeehausgehäusen zerstört und die Polizei mit Steinen beworfen wurde. Fünf Polizisten wurden verwundet, neun Demonstranten verhaftet. Gegen 8 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt. Von der Waffe wurde kein Gebrauch gemacht.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und Polizisten in London.

London, 18. Oktober. Bei einem Zusammenstoß anlässlich der Rundgebung der Arbeitslosen wurden etwa 50 Personen verwundet, von denen 10 nach dem Krankenhaus gebracht werden mußten. Eine Anzahl von Verhaftungen ist erfolgt. In verschiedenen Regierungsgebäuden wurden die Fenstergehäusen durch Steinwürfe zerstört.

Deutschland.

Böhmen fühlt sich benachteiligt.

Im Finanzausschuß des böhmischen Landtags wurde bei der Beratung verkehrspolitischer Fragen lebhaft über die Benachteiligung Böhmens bei der Vergebung von Eisenwegen und Arbeiten für die Reichsbahnbahnen vorgebracht. Unter Zustimmung der Regierung wurde die Errichtung einer habsburgischen Beschaffungskommission gefordert. Mit Bezug auf die Reichsbahnverkehrsordnung gab die Regierung bekannt, daß die Wünsche der unteren Beamten durch die neuen Beschlüsse vom 15. September in weitgehender Weise erfüllt seien, weniger aber die Wünsche des mittleren und höheren Personals.

800 Zentner Zucker verschwunden.

Bei der Lebensmittelaufsichtsgesellschaft für den Kreis Groß-Gerau wurde ein Zuckerfahndung von 800 Zentnern festgestellt. Es ist noch nicht ermittelt, welcher Wert die Verletzung ist.

Amerikanische Militärflüge für Sachsen. Der erste Transport amerikanischer Militärflüge nach Deutschland ist unterwegs. Sachsen wird wegen seiner so wichtigen Militärverhältnisse besonders berücksichtigt werden. Die Militärflüge sind für Heimstätten und Kinder bestimmt.

Freispruch des Bergrats Wiggert. Der besondere Gerichtshof bei der internationalen Kommission in Opatowitz verurteilte gegen den Geheimen Bergrat Wiggert. Die Anklage lautete auf Beihilfe zum Waffenschmuggel. Da Beweismaterial gegen den Angeklagten nicht beigebracht werden konnte, wurde er sofort aus der Haft entlassen.

Ein Boykott gegen die sozialistische Stadtverordnetenmehrheit in München. Die für ein Volksbegehre sofortiger Neuwahlen zur Münchener Stadtvertretung veranlaßte Abstimmung hat insgesamt 18000 Stimmen für Gemeindevorwahlen ergeben. Die Abstimmung richtet sich gegen die sozialistische Mehrheit der gegenwärtigen Stadtvertretung.

Gangschüßungen durch französische Gendarmen in Mainz. Der Frankfurter Zeitung zufolge erschienen in drei Mainzer Schulen französische Kriminalpolizei und Gendarmen und beschaupten, daß sich in den Kellern der Schulgebäude Waffen und Munitionslager befänden. Eine bis ins Kleinste durchgeführte Untersuchung, bei der sogar Wände eingerissen wurden, erwies die Haltlosigkeit der Behauptungen.

Besprechung über den Mittelkanal. Reichsverkehrsminister Gröner hat eine Sitzung von Vertretern aller am Mittelkanal interessierten Staaten nach Weimarerode am Satz einberufen. Bei dieser Besprechung soll das vielumstrittene Problem: Mittelkanal oder Südbahn einer eingehenden Erörterung unterzogen werden.

Wahltag in Freiheit. Der Eisenindustrielle Robert Köhling, der vom französischen Kriegsgericht in Amiens wegen Maschinenbeschaffungs aus den von den Deutschen besetzten westlichen Gebieten zu 10 Jahre Zwangsarbeit verurteilt worden war, ist nach erfolgtem Revisionsverfahren in Freiheit gesetzt worden und in Saarbrücken eingetroffen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Französisch-amerikanisches Abkommen.

Der Wiener Montags-Zeitung zufolge verhandelt in unterzeichneten diplomatischen Kreisen, daß der französisch-amerikanische Vertrag am 14. September unterzeichnet wurde. Der Vertrag bestimmte neben militärischen Zusicherungen, daß die französische

Bankgruppe Ungarn ein Darlehen von 300 Millionen Frank zu 6 Prozent für 15 Jahre gewährt. Die Bankgruppe erhalte daneig die Dation, sämtliche ungarischen Staats- und Privatbahnen auf 20 Jahre zu pachten, für welchen Zeitraum die ungarische Regierung auf die Ausübung der Hoheitsrechte auf die Bahnen verzichtet.

Englisch-französisches Abkommen über Arabien.

Popolo Romano veröffentlicht einen auslichen Frankreich und England einerseits und der letzten Regierung von Arabien andererseits abgeschlossenen Vertrag zur Sicherung der Unabhängigkeit Arabiens. Damit behält sich jedoch gleichzeitig Frankreich im Gebiete von Aleppo, Kones, Kama und Mohil und England im Gebiete von Daura und Maan bis an die Grenze von Mesopotamien seine Einflußsphäre vor.

Landfriedensbruchprozess in Danzig.

In Danzig wurde in dem seit zwei Tagen vor dem hiesigen Schwurgericht geführten Landfriedensbruchprozess wegen der Vorgänge am 29. Juli d. J., bei denen anfänglich einer Demonstration gegen die hohen Steuern der Oberbürgermeister Sahm mißhandelt wurde und gegen polnische Mitglieder und polnische Eigentümlichkeiten und Beschädigungen erfolgten, das Urteil gefällt. Von den 11 Angeklagten wurden acht zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu zwei Jahren verurteilt, drei freigesprochen.

Sachalin von den Japanern besetzt.

Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß Japan sich der Insel Sachalin bemächtigt habe.

Die Donau für alle Kriegsschiffe freigegeben. Die Internationale Donaukonferenz hat beschlossen, daß alle Staaten das Recht besitzen sollen, auf der Donau Kriegsschiffe verkehren zu lassen.

Verhaftete russische Kapitalflüchter. Wie das Echo de Paris mitteilt, wurden gestern am Lyoner Bahnhof zwei Russen verhaftet, die 72 Millionen in Industriewerten mit sich führten.

Russische Gewerkschaftsdelegierte in Prag. Wie aus Prag gemeldet wird, sind dort Vertreter der russischen Arbeiterorganisationen eingetroffen. Zu ihren Ehren veranstaltete der Gewerkschaftsrat ein Essen, auf dem ein Russe betonte, das Proletariat dürfe sich heute nicht darauf beschränken, nur in den Grenzen eines Landes tätig zu sein. — Nach Verurteilung der Amsterdamer Internationale machte er Propaganda für die Moskauer Internationale.

Wenderei in einer slowakischen Gefangenennacht. Nach einer Meldung aus Breßburg sind in Ungarn aus der dortigen Strafankstalt 74 Straftäter ausgebrochen. Von den Geflüchteten sind 10 wieder eingekerkert worden. Alles weist darauf hin, daß die Flucht von dem wegen Spionage festgenommenen magyarischen Oberleutnant Bela Drobnicz vorbereitet war.

Verhaftung italienischer Guardia. Nach einer Meldung der Epoca aus Mailand hat die Polizei in der Redaktion des Anarchistenblattes „L'Unita Nuova“ sämtliche anwesenden Redakteure verhaftet. Perleverano schreibt, die Polizei habe die Redaktion einer bedeutenden anarchistischen Bewegung aufgespürt. Die Verhaftung anderer Anarchisten stehe bevor.

Demonstration der Moskauer Buchdrucker. Die Buchdrucker in Moskau haben an das Proletariat der ganzen Welt einen Aufruf gerichtet, in welchem sie sich gegen die Klerikregierung erklären.

Die Hungersnot in China. Times meldet aus Peking: Aus der von der Hungersnot betroffenen Gebieten kommen erschreckende Nachrichten. Die Not steigt. Wenn binnen kurzer Zeit keine Hilfe kommt, werden Tausende von Menschen umkommen.

Reichstag.

Berlin, den 19. Oktober 1920.

Vom Ministerrat; Dr. Heine, Koch, Dr. Wirth, Scholz. Präsident Lohse eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er der oberstehenden Volksorgane dankt und seiner Hoffnung Ausdruck verleiht, daß sie weiterhin so wie bisher werden bis zum Entscheidungstag. (Beifall.) Der Reichstag hat mehrfach protestiert gegen die Verfassung der Volksmeinung in Bayern und Württemberg; er schließt sich dem Protest der Regierung an. In der ungeheuerlichen Zumutung der Festlegung der Dieselmotoren wird der Reichstag selbst Stellung nehmen, um diesen Anschlag gegen das arbeitende Volk zurückzuweisen. (Lebhafte Beifall.) Zum Schluß dankt der Präsident des Abstimmungsresultates in Kärnten und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Tag kommt, an dem alle Deutschen eng verbunden wieder die Hände ineinander legen können. (Lebhafte Beifall.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Ledebor (USP.) die Annahme eines Antrages der Unabhängigen Fraktion (Zurück: welcher? Heister) auf die Tagesordnung in dem Einspruch erhoben wird gegen die Ausweisung der Russen in Snowjew und Kolomoj. (Heister) bei den bürgerlichen Parteien.) Wie sind grundsätzlich gegen solche Ausweisungen, weil wir gegen die Anwendung aller terroristischen Mittel sind (Beifall.)

Da von den Deutschnationalen durch Schatz-Bromberg Einspruch erhoben wird, kann der Punkt nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Kleine Anfragen.

Auf der Tagesordnung stehen 25 kleine Anfragen, die zum Teil schon vor mehreren Monaten gestellt worden sind

Auf eine Anfrage Gruber (Soz.) auf Einstellung von Zeitfreiwilligen und Ausbildung von Mittelschülern zu militärischen Zwecken unter namhafter Beförderung erwidert ein Vertreter der Exzessverwaltung, daß die Zeitfreiwilligen nicht vorhanden seien.

Gegen die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche — Anfrage Kopp (Dölnat.) — sind polizeiliche Anordnungen erlassen.

Der Ankauf von Kartoffeln zu Wasserversorgungszwecken — Anfrage Frau Müller-Dannover — ist verboten.

Die Einfuhr ausländischer Flimmerzeugnisse — Anfrage Rumm (Dölnat.) — muß im beschränkten Umfange gestattet werden, damit auch deutsche Flimmerzeugnisse ins Ausland kommen

Die Deutschnationale Anfrage, ob die Reichsregierung gewillt ist, gegen die Bestätigung des Nichtfachmannes zum Berliner Stadtschulrat Einspruch zu erheben, wird vom Vertreter der Reichsregierung als momentan gegenstandslos bezeichnet, da die Wahl noch nicht bestätigt sei.

Der Antrag auf Aufhebung des Verfahrens gegen den Abg. Karsten (USP.) wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Die Beratung des Gesetzentwurfes gegen die Kapitalflucht wird abgelehnt und auf die morgige Tagesordnung verwiesen. Der auf die Tagesordnung gestellte Entwurf über die Verlängerung der Fortbeschäftigung der Schwerkrankenbeschäftigten wird auf Antrag Rumm (Dölnat.) auch in zweiter und dritter Lesung erledigt. Der Gesetzentwurf wird ohne Aussprache angenommen

Nächste Sitzung Mittwoch, 2 Uhr: Antrag Ledebor gegen die Ausweisung der Bolschewikenführer. Erste Beratung des Gesetzentwurfes gegen die Kapitalflucht. Sitzung 5 Uhr.

Von Nah und Fern.

Brand einer Delmühle. Sonderburg, 19. Oktober. In der vergangenen Nacht ist die Delmühle in der Verstrake vermutlich infolge einer Selbstentzündung abgebrannt. Der Schaden wird auf 3 bis 4 Millionen dänische Kronen geschätzt. Etwa 100 Arbeiter sind beschäftigungslos.

Das Schiff „Amundsen“ im Eise. Neunorf, 20. Oktober. Nach dem Bericht eines Schiffskapitäns hat das Schiff der Expedition Amundsen im Eise bei Kap Seraco fest. Es ist wahrscheinlich, daß es während eines Jahres dort verbleiben muß.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Dieckner in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Viller, Borsdorf-Verlag.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Mit-Leipzig, Bezirk Zentrum. Freitag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr, wichtige Funktionärssitzung im Restaurant zur Sütte, Reichsstr. 15. Unbedingt erscheinen erforderlich.

Mit-Leipzig, Bezirk Norden. Freitag, den 22. Oktober, abends 1/8 Uhr, Berliner Str. 15: Sitzung sämtlicher Funktionäre. Unbedingt erscheinen ist notwendig.

Westen 11. Freitag, den 2. Oktober, Funktionärssitzung bei Schumann, Brommendenstr. 15. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller notwendig.

U.-F.-P.-Funktionäre, Neudöb. Heute Mittwoch, abends 1/8 Uhr, Sitzung im Restaurant Kohlgarten.

Ortsverein Leipzig-Stütz, U.F.P.D. Donnerstag, den 21. Oktober: Funktionärssitzung bei Pajsch im Landhaus.

Leipzig. Heute, abends 1/8 Uhr, Diskussionsabend im Alten Gasthof. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Ortsverein Leipzig-Möckern. Donnerstag, den 21. Oktober, abends 1/8 Uhr, Funktionärssitzung im Carolabad. Sehr wichtige Tagesordnung.

Ortsvereine Pöhlitz-Böhlitz. Donnerstag, den 21. Oktober, abends 1/8 Uhr, Frauenabend im Park Böhlitz. Vortrag des Genossen Gläfer über Sozialistische Erziehung.

Frauen und Mädchen von Leipzig-Öst. Der Frauenabstimmungsabend fällt am Donnerstagabend wegen der Verhüllungen aus. Sozialistische Rede- und Besprechungswahren. Donnerstag, den 21. Oktober, abends 1/8 Uhr, Diskussion über Müller-Eyer Der neue Mensch. Gäste willkommen.

An die Mitglieder der U. S. P. Groß-Leipzigs!

Genossen und Genossinnen! Unter dem Einfluß der russischen Kommunisten ist auf dem Parteitag in Halle ein Teil der Partei genossenschaft von der U.S.P. abgespalten. Die rechtmäßige U.S.P. unter der Leitung von Crispian und Ledebour führt den revolutionären Kampf um den Sozialismus weiter nach den Grundgesetzen ihres auf dem Parteitag von Leipzig beschlossenen Aktionsprogramms, während die Richtung Däumig-Stoeker beschloßen hat, nach russischem Diktat Kommunisten zu werden. Diese Neukommunisten sind aber zu feige, den Namen „Kommunistische Partei, Sektion der 3. Kommunistischen Internationale“ anzunehmen. Sie nennen sich ebenfalls U.S.P., um dadurch die Arbeiter irrezuführen.

Bei der am 3. Oktober vorgenommenen Abstimmung in Groß-Leipzig haben 60,1 Prozent der abstimmenden Mitglieder sich gegen die Annahme der 21 Bedingungen von Moskau erklärt. Nach den demokratischen Grundgesetzen, die heute von den Neukommunisten im Munde geführt werden, hätte nach dem Resultat der Abstimmung die gesamte Leipziger Delegation die Pflicht gehabt geschlossen gegen diese Bedingungen zu stimmen. Das ist nicht geschehen, da ovj Grund des Verhältniswahlverfahrens auch der Minderheit die auf sie entfallende Zahl von Mandaten zuerkannt worden ist. Andre Bezirke haben diese Toleranz zum Teil nicht geübt.

Die wahre Stimmung der Parteimitglieder ist auf dem Parteitag nicht zum Ausdruck gekommen.

18 Leipziger Delegierte haben die Resolution Däumig-Stoeker anerkannt; sie haben damit bekundet, daß sie mit den Grundlinien und dem Aktionsprogramm der U.S.P. im Widerspruch stehen, sie haben den Boden gemeinschaftlicher Arbeit verlassen. Ihre innere Überzeugung drängte sie auf kommunistischen Boden. Daran können und wollen wir nichts ändern. Niemand soll an seiner Überzeugung gehindert werden. Aber als selbstverständlich halten wir es, daß diejenigen, die den Grundgesetzen der Kommunistischen Internationale Gefolgschaft leisten, dies nicht nur offen bekennen, sondern in Konsequenz ihrer Gesinnung sich auch offen jener Partei anschließen, in die sie gehören.

Auch unsere Mitglieder und Funktionäre stehen jetzt vor ihrer Entscheidung. Sie sollen offen bekennen, ob sie in Zukunft in der U.S.P. unter Führung Crispian-Ledebour verbleiben wollen, oder ob sie sich der Neukommunistischen Partei anschließen wollen.

Wir wollen keine Bahn. Eine Zwitterstellung kann es nicht geben, sie liegt nicht im Interesse beider Organisationen.

In dem am Montag veröffentlichten Manifest sind die Richtlinien der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei klar gekennzeichnet, nach ihnen wird auch der Hauptvorstand der U.S.P. Groß-Leipzig handeln. Wer sich diese Grundzüge zu eigen macht, bleibt Mitglied unserer Partei. Es wird jedem Mitglied eine Erklärung vorgelegt, nach der es sich entscheiden muß, ob das Mitglied weiter Mitglied der U.S.P. unter Crispian-Ledebour bleiben will. Bis zum Empfang dieser Erklärung eruchen wir unsere Mitglieder, die in unserer Organisation verbleiben wollen, es keine Person Beiträge zu leisten oder sonstige für die Organisation bestimmte Gelder abzuliefern, außer im Sekretariat. Mit der Ausgabe der Erklärungen werden Sekretäre betraut, die im Besitz von Legitimationskarten sind, ausgestellt vom Hauptvorstand Groß-Leipzig versehen mit dem Kassier des Vorstehenden T. Scheib. Nur die mit solchem Anweisung versehenen Genossen sind berechtigt, für unsere Organisation Gelder in Empfang zu nehmen.

Parteigenossen und Genossinnen! Vorsicht ist nach den Vorgängen in Berlin und Halle geboten. Es sei hier darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Bibliotheken und sonstigen Einrichtungen der Ortsvereine Eigentum des Ortsvereins der U.S.P. Groß-Leipzig sind. Unrechtmäßige Eingriffe sind zu vermeiden; wo solche vorkommen, ist unverzüglich dem Hauptvorstand Mitteilung zu machen. Derselbe wird alle Rechtsanprüche wahrnehmen.

So schwer die Spaltung von jedem denkenden Arbeiter empfunden werden mag, so erwarten wir doch, daß die Leipziger Arbeiter in ihrer überwiegenden Mehrheit treu zur U.S.P. stehen und alle Versuche, die mühsam aufgebauten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu zerstören, entschieden zurückweisen wird. Jede Zersplitterung der revolutionären Organisationen fördert die Reaktion. Daher auf zum Kampf für den Sozialismus unter dem Banner der U.S.P.

Der Hauptvorstand. Scheib, Vorstehender.

Das Blatt der Neukommunisten.

Am Mittwoch früh wurden auf den Straßen Leipzigs die Nummern einer Zeitung verbreitet, an deren Kopf stand: An die Arbeiterklasse Leipzigs! Volksblatt. Mitteilungsblatt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Bezirk Leipzig). Es ist ein Ableger des halbesche Volksblattes, der der Leipziger Arbeiterklasse unter falscher Flagge zum Bezug empfohlen wird. Die Neukommunisten, die sich mit der Annahme der 21 Moskauer Bedingungen auch verpflichtet haben, der kommunistischen Partei Deutschlands beizutreten, wollen sich noch eine Zeitung als U.S.P. aufspielen, um recht viele Arbeiter über ihren kommunistischen Charakter zu täuschen. Das ist ein jämmerlicher Geschäftsknüff, dessen sich eine große Sache schämen muß. Wenn die kommunistischen Ideen wirklich so zugängig auf die deutschen Arbeiter sind, und wenn die Revolution nur mit der kommunistischen Methode vorwärts zu bringen ist, dann sollten die Vertreter dieser Ansicht sich offen und ehrlich als Kommunisten bezeichnen und nicht erst Kostümwandlungen anwenden. Nachdem einmal die Spaltung vollzogen ist, muß auf reinliche Scheidung geachtet werden. Wer nicht Kommunist werden will, bleibt U.S.P.-Anhänger, wer die 21 Bedingungen anerkennet, sollte auch den Mut haben, sich als Kommunist zu bezeichnen.

Was wollen denn übrigens die Neukommunisten mit den Mitgliebern anfangen, die sie sich mit List erschleichen? Das sind doch im Sinne der Kommunisten gar keine Klassenkämpfer, sie müßten ja bei der ersten Reinigung ausgeschloffen werden. Wir haben das Vertrauen zur Leipziger Arbeiterklasse, daß sie auf diesen plumpen Schwindel nicht hereinfällt, denn sie steht geistig doch höher als die Kommunisten annehmen.

Wie der Ableger des halbeschen Volksblattes den Kampf um die Ideen des Kommunismus zu führen gedenkt, geht aus dem an die Leipziger Arbeiterklasse gerichteten Aufruf hervor. Es heißt da:

„An ohnmächtiger Wut geht die Minderheit, da sie die Revolutionierung unserer Partei nicht hindern kann, daran, sie zu zerschlagen und so wenigstens zu schwächen, wobei sie Lüge und Diebstahl nicht verschmäht. Die Minderheit erklärt sich fälschlich für die U.S.P. und sucht dort, wo sie die Macht hat, den Parteiparat, die Zeitungen, die Kassen einfach zu rauben. So steht nun auch unser Leipziger Blatt, das wir mit größter Opfern aufgebaut und erhalten haben, unserer Partei feindlich gegenüber, im Dienste derjenigen, die sich fälschlich den Namen unserer Partei anmaßen. Wir werden den Kampf um die Zurückeroberung unseres Eigentums führen, aber bis dahin können wir nicht das Blatt des Feindes in unserm Hause dulden. Wir brauchen ein Blatt, das für die Revolution und nicht gegen sie kämpft. Wir fordern euch deshalb auf, Genossinnen und Genossen, an Stelle der Leipziger Volkszeitung das Volksblatt für Halle zu abonnieren, das sich bereit erklärt hat, für wichtige Leipziger Meldungen und für unsere Leipziger Parteinachrichten einen kleinen Teil seines Raums zur Verfügung zu stellen.“

Lüge, Diebstahl, Raub, mit diesen Vorwürfen beginnen die Neukommunisten den Kampf gegen ihre Klassen Genossen. Das eröffnet ja herrliche Aussichten! Geradezu lächerlich ist es, wenn die Neukommunisten in Leipzig von der ohnmächtigen Wut der Minderheit reden, sie wollen offenbar damit nur ihre eigene Schwäche und ihre eigene ohnmächtige Wut verbergen. Befestigung wirkt es, wenn die Neukommunisten Tanneberger, Burke, Eßrodt und Uhlke aus Sibirien von sich sagen, daß sie und ihre Freunde die Leipziger Volkszeitung mit den größten Opfern aufgebaut und erhalten haben. Die Leipziger Parteigenossen werden über diese Annahme lächeln. — Spaß muß sein! Wir sind auch gar nicht gespannt auf den „Kampf um die Zurückeroberung unseres Eigentums“, denn dieser Kampf kann sehr langweilig werden und mancher der Kämpfer wird wohl Mühsa dabei bekommen. Die Unabhängige Sozialdemokratie kann dem Kampf gegen ihr Parteiorgan mit größter Ruhe entgegensehen. Viel Abonnenten werden die Hallenser in Leipzig nicht werben. Den Mitgliedern der U.S.P. muß aber der Vorstoß gegen ihr Blatt der Anstoß sein, zum erst recht ihrem Blatt die Treue zu bewahren und neue Abonnenten für die Leipziger Volkszeitung zu werben.

Schrupellose agrar-kapitalistische Profitwirtschaft.

Schon des öfteren wurde auf die kommende Mißwirtschaft bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Fleiß hingewiesen. Täglich liest man in den Zeitungen aller Parteidirectionen von dem ausgelegenen deutschen Volke, von der Unterernährung der Kinder, den Säuglingen, denen man nicht einmal genügend Milch zur Verfügung stellen kann. Man hört von allerhand Wohlthatigkeitsvereinen, die die beste Absicht haben, dem Volke zu helfen, von Quätershilfe usw. Gleichgültig treiben aber Agrarier und unverantwortliche Elemente ganz unannehmerliche Geschäftspraktiken. Ihr Wucher kennt keine Grenzen; nur Geld, recht viel Geld, wenn auch das Volk zu Grunde geht! Das zeigt folgender Vorfall: Auf dem hiesigen Schlachthofe werden seit einiger Zeit tragende Rinder geschlachtet; so auch in der Woche vom 11. bis 16. Oktober; darunter solche, die nur noch 8 bis 14 Tage bis zum Austragen hatten. Klauenentzue wird man lagen. Wir fragen, was hat Käuvel unter dem Schlagvieh zu tun? Wie kommen die Händler dazu, Käuvel als Schlachtoch zu kaufen. Gibt es keine Inkans, die gegen solch ein Verfahren vorgeht? Wo sind die Tierärzte, die doch erkennen müssen, ob ein Stück Vieh tragend ist oder nicht? Säuglinge und Kranke könnten genügend erhalten, wenn hier Einhalt geboten würde. Unreifes Vieh, tragende Rinder, Ferkel, alles was Profit verspricht wird abgeschlachtet, bis das durch kapitalistische Mißwirtschaft ausgelegene Volk ganz am Boden liegt und eine neue bessere Wirtschaft an diese Stelle tritt. Zentralverband der Fleischer u. B. Deutschlands.

An die revolutionäre Arbeiterklasse Mitteldeutschlands!

Wir werden um Aufnahme folgenden Aufrufs zur Sammlung ersucht:

Arbeiter und Arbeiterinnen, Klassengenossen! Die tapferen Verteidiger der Weltrevolution, die russischen Rotarmisten, die auf deutschen Boden abgedrängt und interniert wurden, leiden bittere Not. Die deutsche Regierung läßt sie hungern, die Agenten der russischen Gegenrevolution wollen sie durch den Hunger zu Grunde machen, um sie als Werkzeuge im Kampfe gegen Sowjetrußland zu verwenden.

Revolutionäre Arbeiter Mitteldeutschlands! Durdet das nicht, laßt nicht zu, daß die materiellen Nöte der Rotarmisten gegen Rußland verwendet werden können, unterstützt eure russischen Klassengenossen. Denkt immer daran, Rußlands Kampf ist unser Kampf. Umder die Not, Nehmt überall selbst Sammlungen vor, jedneht auf die Listen, die von der kommunistischen Partei Deutschlands in den Betrieben herumgegeben werden. Wartet nicht lange, geht schnell! Sammlungen sind einzuschieben an das Postfachkonto Nr. 6410 von Alfred Schmidt, Buchhandlungsgelbige, Leipzig-Probsteistraße; an die Bücherstube von Otto Müller, Leipzig, Wintergärtenstraße 16 (Eingang Schützenstraße), und an Langrod, Bureau der SPD, Leipzig-Neudöblich, Stöttericher

Straße 7. Über die eingegangenen Beträge wird in der Leipziger Volkszeitung quittiert. Zehmet nur auf Listen, die mit dem Stempel der Bezirksleitung der SPD. versehen sind. Es lebe die Solidarität mit Rußland, es lebe die Weltrevolution!

Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Kommunistischen Internationale) Bezirk Mitteldeutschland.

Leipziger Volkschor. Donnerstag beginnt die Singstunde pünktlich 7 Uhr (Zimmer 9). Der Vorstand.

Seht die Wählerlisten ein! Die Wählerlisten für die am 14. November dieses Jahres stattfindende Landtagswahl liegen vom 17. bis 24. dieses Monats in den in den hiesigen Tageszeitungen am 15. dieses Monats bekanntgegebenen Stellen öffentlich aus. Es ist Pflicht eines jeden Wählers, sich davon zu überzeugen, daß sein Name in die Wählerliste eingetragen ist. Bei der großen Zahl der Wähler — mehr als 400 000 — und der fortwährend eintretenden Veränderungen ist es dem die Listen aufstellenden Amte auch bei größter Sorgfalt nicht möglich, völlig einwandfreie Listen herzustellen. Hier muß der einzelne Wähler mithelfen, indem er die Listen einsieht und etwaige Mängel beiseitigt läßt. Aber nicht erst die letzten Tage soll er sich in die Ausgelegten begeben, denn dort ist nach den bisherigen Erfahrungen in den letzten Tagen der Andrang gewöhnlich recht groß. Wer veräunnt, die Wählerlisten einzusehen, läuft Gefahr, sein Wahlrecht nicht ausüben zu können.

Die Antwort. Der Rat der Stadt Leipzig richtete vor einigen Tagen einen Appell an die Landwirte, den der Deutsche Landwirtschaftsrat verbreiten sollte. Das Blatt des Bundes der Landwirte, die Deutsche Tageszeitung (Nr. 487 vom 18. Oktober 1920), sagt in einer längeren Polemik gegen den Rat, sein Aufruf enthalte derartig falsche Angaben und vertrete so irrtümliche Auffassungen, daß es wirklich als ein starkes Stück bezeichnet werden müßte, noch die oberste Vertretung der deutschen Landwirtschaft um die Verbreitung dieses Aufrufes zu ersuchen. Wir haben uns von vornherein von der Aktion des Rates nicht das mindeste versprochen. Mit Worten ist bei den Agrariern nichts auszurichten.

Andauernd minderwertiges Brot. Der Reichsernährungsminister hat angeordnet, daß das Brot dauernd gestreckt werden soll, und zwar mit Maismehl, Weizen nachmehl, Hafermehl, Gerstemehl und Kartoffelmehl. Das schlechte Brot bleibt also. Brotgetreide wird verfüttert. Die Verbraucher erhalten Kartoffelbrot! Und das nennt man dann — „Wiederaufbau“!

Zur Fettverteilung. In diesem und dem nächsten Monat werden Butter, Schmalz und sonstige Speisefette auf die Filialmärkte der Landesfettkarte (Reihe 40) verteilt. Es liegt deshalb in jedermanns eigenem Interesse, die noch laufende Landesfettkarte solange aufzubewahren, bis die erste Marke der neuen Landesfettkarte (Reihe 41) bei einer der Verteilungen verwendet wird.

Die neuen Haushaltarten, die mit den Karten der Reihe 41 ausgegeben worden sind, sind besonders sorgfältig aufzuheben, da sie auf unbestimmte Zeit gelten. Wenn die neue Haushaltkarte abhandelt kommt, hat mit Schwierigkeiten und Geldkosten zu rechnen und läuft außerdem Gefahr, bei den nächsten Kartentreibungen die Lebensmittellisten nicht rechtzeitig zu erhalten. Hierbei ist gleichzeitig darauf hingewiesen, daß ungewöhnlich großer Andrang in den Kartentellen denjenigen zuzuschreiben ist, die ihre Karten nicht an dem vorgesehenen Tage abholen.

Statt billige Kartoffeln — Polzeiaufseher. Am Sonnabend fand in Leipzig ein Deutsch-Nationaler Landwirtetag statt. Man sprach über Zwangswirtschaft und Volksernährung. Arbeitslose stellten sich ein, die von den Landwirten wissen wollten, zu welchen Preisen sie Kartoffeln für die Arbeitslosen liefern würden. Man wollte schon eine Deputation von drei Mann in den Saal hineinlassen und sie anhören, als man sich plötzlich für die Verhinderung der Polizei entschied, die auch erlitten und die Arbeitslosen erludete, das Feld zu räumen. Für Verhandlung mit Polzeibanden über die Lieferung von Kartoffeln war also der Deutsch-Nationaler Landwirtetag nicht zu haben.

Das Los von Profetarierkindern. Zu der Notiz in Nr. 209 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 11. Oktober, in der ein Vater rügt, daß sich ein 1 1/2 Jahre altes Kind früh morgens im Sportwagen vor der Türe der Kleinkinderbewahranstalt Gelleraustraße vor Frost stierend ohne Aufsicht befand, wird von der Kinderbewahranstalt selbst mitgeteilt, daß sie nicht um 7 Uhr sondern bereits um 1/7 Uhr ihre Pforten öffnete. In jenem Tage lie das Kind allerdings schon um 1/7 Uhr nach der Anstalt gebracht worden und zwar von der Freundin der Mutter, die den Wagen mit dem Kind draußen habe stehen lassen und nicht einmal angeklungen habe. Die Bewahranstalt treffe also keine Schuld. Wir haben auch damals die Anstalt dafür nicht verantwortlich gemacht.

35. Volksschule. Alle Eltern, die auf dem Boden der westlichen Schule stehen und Kinder in die 35. Volksschule senden, treffen sich am Donnerstag, dem 21. Oktober, abends 7 Uhr, im Kcau-aussaalk, um Stellung zur Elternratswahl zu nehmen.

Soz. Profetarier-Jugend Groß-Leipzig. Zu Delegierten zur Reichskonferenz sind gewählt worden: Grosmann, Winkler, Springer, Nagel, Meißner, Morik, Brandes, Schhardt, Vermittung, Lange, Rannow. Die Gewählten treten am Sonntag, dem 24. Oktober, um 1/9 Uhr, zu einer Sitzung im Volkshaus zusammen.

Eperanto. Der für nächsten Donnerstag in der Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Arbeiter-Eperanto-Bundes angekündigte Vortrag findet erst später statt. — Unsere sämtlichen 19 teilweisen Lichtmangels unterbrochenen Aufhängerlurke finden sich ab wieder regelmäßig statt. — Donnerstag treffen sich Kurusleiter und Vorstandsmitglieder im Volkshaus. — Sonntag, den 24. Oktober, Gruppenmitglieder und Kurusleiter, nachmittags Punkt 2 Uhr, am Alten Theater.

Papa Kleinerz Märchenpiele. Heute Mittwoch „Guliver in Lande der Zwerge“.

Kleinfleischverkauf. Müller-L. Connewitz von 1/9 Uhr an Fleisch- und Wurstverkauf; Hädrich-L. Kleinfleisch von 9 Uhr an Fleisch- und Wurstverkauf.

Polizeinachrichten.

Ein gefährlicher Kinderfreund. In dieser Stelle ist schon wiederholt auf einen Menschen hingewiesen worden, der sich an kleine Mädchen, sogar Häßliche, heranmacht, sie bis ins Haus die Treppe hinauf verfolgt und dann mit einem großen Gegenstand, einem Messer oder einer Nadel in die Oberhäute sticht. Wenn die Verletzten schreien, erregt der Bube schamlos, daß auf ein Rad schwingend, die Flucht. Leider ist es bisher trotz aller Bemühungen der Kriminalpolizei noch nicht gelungen, diesen Unhold zu ermitteln und festzunehmen. Vor einigen Tagen hat er in einem Gäßchen Mädchen in der Lampestr. ein neues Opfer gefunden. Die Eltern stellten die Kleine sofort nach der Tat bei der Kriminalabteilung mit ihrer blutbesteckten Unterwäsche vor. Das Kind hatte im hinteren Teile des linken Oberhäutels einen stark blutenden Messerstich. Auch hier ist der Täter auf seinem Fahrrad geflüchtet. In fast allen Stadtvierteln hat er sich schon gezeigt, und zwar meist in den Mittagsstunden. Leider kann der gefährliche Bube von den verletzten Kindern nicht genau bestritten werden. Er soll ungefähr 25 bis 30 Jahre alt, 1,65 bis 1,70 Meter groß sein, einen weichen Bart, einen grauen oder braunen Anzug tragen, hageres Gesicht haben und von kräftiger Gestalt sein. Einige der Kinder haben an, er habe einen Klemmer getragen. Es wird dringend gebeten, daß jede etwaige Beobachtung verdächtiger Vorgänge und vor allem auch jeder Verdacht über den mutmaßlichen Täter sofort

dem nächsten Polizeibeamten mitgeteilt wird, damit dieser gemein-
sätzliche Schritte endlich unbeschädigt gemacht werden kann.

P. Ein angeleglicher Uhrmacher Hier ist ein Betrüger aufgetre-
ten, der sich als Uhrmacher ausgibt und im Raumdörchen sein
Geschäft haben wollte. Ein hiesiger Händler hatte den angeleglichen
Uhrmacher vor einigen Tagen auf seinen Werksstätten in seine
Wohnung bestellt, wo er einige reparaturbedürftige Uhren in Ordnung
bringen sollte. Nach Verlauf von 2 Stunden hatte der Unbekannte,
der sich Richard v. v. genannt hatte, die Reparaturen
angeblich erledigt, ließ sich bescheiden und entfernte sich. Nach seinem
Weggange erkundete der Händler, daß er einem Betrüger in
die Hände gefallen war. Dieser wird bestraft werden. Er ist
Nahre alt, 1,60-1,64 Meter groß, schlank, mit dunkelblondem
Schnurrbart und bekleidet mit dunklem, abgetragenen Jackettansatz
und dunklem weichen Hut. Nach den bisherigen Feststellungen
wohnt im Raumdörchen tatsächlich ein Uhrmacher, der aber mit den
Schuldbeseinen nicht das geringste zu tun hat. Bei diesem sollten
sich verschiedene Personen wiederholt nach jenem Betrüger erkundigt
haben. Auch soll der Unbekannte verschiedene ihm zur Reparatur
übergebene Sachen unterfalschen haben. Da Anzeigen über betrügliche
Schwindelgeschäfte und Unterschlagungen bisher nicht vorliegen, werden
weitere Geschädigte gebeten, sich baldigst bei der Kriminalabteilung
zu melden.

P. Kaiser Tod. In der Breitenfelder Straße hat am 17. dieses
Monats, ebenda nach 7 Uhr, ein 68 Jahre alter Privatmann einen
Herzschlag erlitten. Er wurde sofort nach seiner in der Nähe be-
findlichen Wohnung gebracht. Der hinzugerufenen Arzt konnte nur
den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Vindenthal. Die Landtagswählerlisten liegen auf
dem Gemeindegemeinschaftsamt bis Sonntag, den 24. Oktober, aus,
und zwar wochentags von 8 bis 1/2 Uhr mittags und am Sonntag
von 11 bis 12 Uhr.

Döbeln. Dienstag, den 12. Oktober, starb der Steinbrücker
August Hertel aus Grimma bei Ausübung seines Berufes aus
einer Höhe von 12 Metern in die Tiefe. Drei Steinbrücker waren
von Grimma nach Döbeln gekommen, um den „Stilmpern“, wie sich
der Unternehmer Engelmann des Ortens ausgedrückt hat, zu
folgen, daß er gut ohne hiesige Arbeiter seine Arbeiten verrichten
bestimmt. Die drei Steinbrücker haben also Unfallverhütungs-
vorschriften außer acht gelassen. Nun mußte es einer von
ihnen mit seiner Gesundheit bezahlen. — Findet sich niemand, der
in dem Betrieb einmal nach Ordnung sieht?

Auch der Arbeitsnachweis Tausch wird glatt umgangen. Er
erklärte, er hole sich Leute, die ihm annehmbar sind. Der Arbeits-
nachweis muß einmal nach dem rechten sehen.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Aufruf des sächsischen Arbeitsministeriums an die Bergleute.

Das sächsische Arbeitsministerium wendet sich in der Form
eines Flugblattes an die sächsische Bergarbeiterchaft und legt
ihnen auf das dringendste nahe, angesichts der Not unserer Zeit,
erster der die gesamte Arbeiterchaft, in erster Linie aber die
Erwerbslosen zu leiden haben, ihre Bedenken gegen das Ver-
fahren von Überstunden zurückzustellen. An der großen Arbeits-
losigkeit, die sich allenthalben in steigendem Maße bemerkbar
macht, sei zu einem erheblichen Teil der Mangel an Kohlen schuld.

Neue Regierungsvorlagen.

Die Regierung hat der Volkstammer zwei Denkschriften vor-
gelegt, von denen die eine die Übernahme der vormaligen Ka-
dettenschule in Dresden in die sächsische Unterrichtsverwaltung
betrifft. Die neue Schule, die den Namen Landeschule Dresden
führt, soll ein realistisches Seitenstück zu den humanistischen
Hülfs- und Landeschulen Grimma und Meißen sein. Die zweite
Denkschrift betrifft die Verbesserung der technischen Einrichtungen
des Staatsbades Elster. Die Regierung wird in einem Nach-
tragetat hierfür einen Betrag von 4000000 Mk. anfordern.

Ein verrenteter Amtsdirektor.

Gegen den Oberamtmann v. Einsel in der
Landesanstalt Zwida war seinerzeit das Dienstverfahren
auf Entlassung eingeleitet worden, weil er sich seinen Beamten
gegenüber über die Regierung in herablassender Weise ausgespro-
chen hatte. Der Antrag auf Dienstentlassung ist durch den
Minister des Innern nach Abschluß der Voruntersuchung erneut
gestellt worden. Nunmehr hat die Disziplinarkammer am 5. Ok-
tober auf Dienstentlassung erkannt.

Der Wohnungsbau in Sachsen.

Nach einer Denkschrift der sächsischen Regierung sind bisher
aus Mitteln der Allgemeinheit rund 1440 Wohnungen mit durch-
schnittlich ca. 50000 Mk. Zuschuß bebaut worden. Am nach-
drücklichsten konnte die Errichtung von Bergmannswoh-
nungen durch Zuschüsse auf die Kohlenpreise
gefördert werden. Vom Reich hat Sachsen 15 Millionen Mark
für Wohnungsbauten erhalten. Für die Umwandlung arbeits-
loser Wohnungen und den Ausbau von Dachgeschossen u. dgl. will man
versuchen, die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge ver-
fügbar zu machen.

Unterernährte Kinder.

Deloniz i. W., 19. Oktober. Unter 2840 Schulkindern, welche
in den letzten Tagen hier ärztlich untersucht wurden, um für die
demnächst beginnende zweite Speloperiode — Quaderperiode — die
bedürftigsten herauszufinden, konnte kein als normal er-
nährt bezeichnet werden. 62 Kinder wurden als milder
unterernährt, 1894 als unterernährt und 894 als sehr unter-
ernährt vom Arzte bezeichnet.

Winterboten.

Deloniz i. W., 10. Oktober. Schneegänge, nach oberfläch-
licher Schätzung mindestens 250 Stiel, überlagern am Sonntag
in geschlossener langlammer Fluge, ein regelhaftes Dredel
bildend, das über den Bergland in der Richtung Nordwest-Südost.
Sie liegen aber ungewöhnlich niedrig, was auf einen frühzeitigen
Winter hindeuten soll.

Kandidatenliste der A.D. für die sächsische Landtagswahl.

Eine Konferenz der sächsischen Ortsgruppen des Bezirks Mittel-
deutschland der A.D. stellte folgende Kandidatenliste für den
Leipziger Wahlkreis zur sächsischen Landtagswahl auf: 1. Langrock,
Willy, Christlicher Leipzig; 2. Schumann, Georg, Redakteur Leipzig;
3. Deude, Alwin, Schneider Leipzig; 4. Ludw. Max, Seidner,
Bücherbinder bei Buchstädt; 5. Palacke, Paul, Bergarbeiter, Borna;
6. Jirgel, Johanna, Textilarbeiterin, Leipzig; 7. Dentschel,
Albin, Arbeiter Leipzig; 8. Jirgel, Otto, Müller, Leipzig;
9. Ditt, Bergarbeiter, Borna; 10. Schmidt, Alfred, Buch-
handlungsgehilfe, Leipzig; 11. Wirth, Walter, Tischler, Leipzig;
12. Urban, Hans, Metzger, Leipzig; 13. Helmberger, Arthur, Ver-
sehrungs-Angestellter, Leipzig; 14. Müller, Otto, Schriftsteller,
Leipzig; 15. Biegholzi, Karl, Buchbinder, Leipzig; 16. Schmidt,
Johannes, Metallarbeiter, Leipzig; 17. Schöbel, Gustav, Metall-
arbeiter, Leipzig; 18. Dagemann, Karl, Disponent, Leipzig;
19. Hering, Hans, Zeitungsträgerin, Leipzig; 20. Dierke, Ewald,
Metallarbeiter, Leipzig.

Zerbit, 10. Oktober. Die hiesige Straßenbahn wird bald der
Vergangenheit angehören. Die Wagen sind auf Abbruch an eine
hiesige Holzproduktfirma verkauft und die Schienen sollen ent-
fernt werden.

Bautzen. Ein Großhändler wüßte im benachbarten Kirchau, wo
das Garnlager der Vereinigten Spinnereien und Webereien von
August Bels und C. W. Paul brannte. Auch das Delloer der
Firma wurde von dem Feuer ergriffen. Zahlreiche Wehren und
Spritzen, auch aus Bautzen, waren am Brandorte tätig; doch wurden
die Löscharbeiten durch außerordentlichen Qualm sehr behindert.
Der Schaden dürfte sich voraussichtlich auf über eine Million Mk.
belaufen.

Steinchen. In einer der letzten Kautschungen wurde u. a.
begehrt, den Schenkungs-Vandensatz (außer Freitag und Sonn-
abend), wegen Kohlen- und Lichtersparnis einzuführen.

Limbach. Raffinierte Speisebuden wurden in den Gebäuden
Weber aus Rufford ermittelt, die aus der Dausfurt des Gahhofes
„Zum Erdgericht“ in Rannensdorf mehrere Zentner zur Ver-
setzung in der Gemeinde bestimmte Lebensmittel (Mehl, Hafers-
floren und Erbsen) entwendet und an verschiedene Material-
warenhändler in Limbach verkauft hatten.

Greunitzdörfer. Eine Handelskule mit 3 Klassen wird
nach den Michaelisferien hier errichtet werden.

Aus den Nachbargebieten.

Selbsthilfe der Rudolstadt Arbeiterchaft.

Da die Kartoffellieferung der Stadt Rudolstadt sehr mangel-
haft ist und die Landwirte sich meistens weigern, wertvolle
Kartoffeln zum vereinbarten Preise abzugeben, entschloß sich die
hiesige Arbeiterchaft am Sonntag, zur Selbsthilfe zu greifen.
Vorwegs gegen 7 Uhr sammelten sich auf dem Marktplatz etwa
150 mit Handwagen und Säcken ausgerüstete Arbeiter
und zogen in geschlossenem Zuge nach Catharinen (S. W.).
Dort stellten sie dem Schultheißen ein Ultimatum worauf dieser
die Bauernschaft zur Beratung zusammenberief. Die Bauern
beschlossen einstimmig, Kartoffeln in jedem
gewünschten Quantum herauszugeben, soweit dies
ihre Verhältnisse erlaubten. Durch dieses Entgegenkommen wurden
300 Zentner Kartoffeln zum Preise von 20 Mark
abgegeben. Am nachmittags zogen wiederum etwa 400 Personen
mit 180 Handwagen nach Rolkwitz (S. W.) und erreichten nach
Verhandlung mit dem Schultheißen die Abgabe von etwa
700 Zentner. Weder in Catharinen noch in Rolkwitz ist es
zu Zwischenfällen gekommen. Am nächsten Sonntag sollen andere
Ortschaften aufgesucht werden, wenn die Bauern bis dahin nicht
freiwillig genügend Kartoffeln nach Rudolstadt abliefern.

Wattkötter. Schadenfreude beherzigt nur Zeit ein Dörkchen
im hiesigen Amtsbereich. Dort hat ein Goldhändler 22000 Mk.
in einem offenen Topf aufbewahrt. Jedenfalls hatte der Mann
seinen Kammer verschloßen, denn als er sich dessen wieder erinnerte
und nach dem Topf sehen wollte, da hatte eine Schmeißer
den Topf geplatzt. Die Wäulefamilie hatte sich an den
letzten Farben des bunten Papiers erfreut und alles kurz und
klein gezeigelt.

Wilmers. Ein Getreideschieber verhaftet. Auf Ver-
anlassung des Reichswuchersamtes wurde der Zimmermann Walter
Wiegand aus Erfurt verhaftet. Er hat seit einiger Zeit Wehl in
großem Umfange verschoben. Bemerkenswert hierbei ist, daß
Wiegand in Erfurt noch Arbeitslosenunterstützung bezieht. In
seinem Besitz fand man 45000 Mk. bares Geld.

Seht die Wählerlisten zu den Landtagswahlen ein!

Sie liegen
bis 1/2 Uhr nachmittags
aus.

Gewerkschaftsbewegung.

Konferenz der sächsischen Gewerkschaftskarteile.

Der Gewerkschaftsausschuß für Sachsen beruft für Sonnabend,
den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, nach Dresden, Altenbergr. 4
(Volkshaus), eine Konferenz ein mit der Tagesordnung: 1. Geschäfts-
bericht. Referent: Hänsel-Dresden. 2. Organisationsfragen. (Einf.
Anstellung eines Landesreferenten.) Referent: Lieber-Dresden. 3. Die
nächsten Aufgaben der Gewerkschaftskarteile. a) Die Neuordnung
in Arbeiterschutz. Referent: Schenker-Chemnitz. b) Die Wahlen zur
Sozialversicherung. Referent: Wölfel-Dresden. 4. Neuwahlen des
Gewerkschaftsausschusses für Sachsen.

Am Sonntag, dem 31. Oktober, tagt im gleichen Lokal, vor-
mittags 10 Uhr, eine gemeinsame Konferenz der Karteile und Be-
treiberkarteile Sachsens mit der Tagesordnung: 1. Das Ergebnis des
Betriebsrätekongresses in Berlin. Referent: Schilling-Leipzig.
2. Die Zusammenfassung der Karteile in Sachsen. Referent:
Lieber-Dresden. Die Karteile erhalten alle nähere Auskunft durch
den Gewerkschaftsausschuß für Sachsen, Dresden, Altenbergr. 4.

Schiedspruch im Ruhrbergbau.

Berlin, 19. Oktober. (R. T. V.) Der zur Regelung der Lohn-
verhältnisse im Ruhrbergbau eingesetzte Schlichtungsausschuß hat
einen Schiedspruch gefällt, zu dem die Parteien bis zum
30. d. M. Stellung zu nehmen haben. Danach werden die Lohn-
ab 1. Oktober um 2 Mk. je Schicht für die unter Tage
Beschäftigten und um 25 Pfg. für die Arbeiter über
Tage erhöht. Beiderseitige Arbeiter und alleinige Ernährer ihrer
Familie erhalten ab 1. Oktober ein Hausgeld von je 5
Mk. für die Schicht. Das Kindergeld wird um 1 Mk. je
Schicht und Kind erhöht.

In der Begründung des Spruches erwartet der Schlichtungs-
ausschuß in Anbetracht der großen Tragweite dieser Erhöhung
für das gesamte Wirtschaftsleben der Bergleute, daß sie in eine
produktivere Gestaltung der Lebensverhältnisse einwilligen, indem die
sehr zahlreichen beiden haben Überstunden in der Woche durch
Ablehnung an die tägliche normale Arbeitszeit
auf die ganze Woche verteilt werden oder unter Frei-
lassung des Sonnabends von Überarbeit die Überarbeit an den
anderen Tagen der Woche entsprechend verlängert wird. Soweit
nicht auf diesem oder einem anderen Wege eine Verringerung
der Selbstkosten des Bergbaues zu erzielen ist, wird eine Er-
höhung des Kohlenpreises die unvermeidliche Folge der
Lohnerhöhungen sein müssen.

Wie wir der Bergarbeiter-Zeitung entnehmen, fordern die
vier zur Arbeitsgemeinschaft gehörigen Bergarbeiterverbände
eine Lohnerhöhung von 6 Mk. für die Schicht, die von den Unter-
nehmern abgelehnt worden ist mit der Begründung, der Bergbau
könne eine weitere Lohnerhöhung ohne Erhöhung der Kohlen-
preise nicht tragen. Die Kohlenpreissteigerung lehnen aber sowohl
die Bergarbeiter wie auch die Regierung ab. Ueber Annahme
oder Ablehnung des Schiedspruches werden die Bergarbeiter und
die Unternehmer zu entscheiden haben.

Schlussbetrachtung zum Gemeindefürsorgegesetz.

Aus unsern Veröffentlichungen der einzelnen Städte unserer
Lohnbewegung war die Bevölkerung Leipzigs in der Lage, zu er-
kennen, daß die Gemeindefürsorgeleistungen waren, in den Streit
zu treten, wollten sie sich nicht die Rolle des Parasiten in der Ar-
beiterchaft vom Schlichtungsausschuß Dresden aufzuzwingen lassen,
der durch fast gänzliche und provokierende Ablehnung ihrer an-
erkannt berechtigten Lohnforderungen sie letzten Mißbilligun-
gswortes über die Bezahlung ihrer Arbeitsleistungen
beraubte.

Der bürgerlichen Presse, voran die Leipziger neuesten
Nachrichten und die Leipziger Allgemeine, gelang es nicht, trotz
der von ihr polemisch inszenierten Seite, wobei der Bürger-

ausschuss mit seinem Schrei nach Eingreifen der Technischen
Kommission nicht helfen durfte, den Gemeindefürsorge die
Sympathie des einschichtigen Teils der Bevölkerung zuzuwenden
zu machen. Selten wohl ist ein Kohnlamp von so einschneidender
Bedeutung mit solcher Geschlossenheit, Disziplin, Einmütigkeit,
Ruhe und Geduldlichkeit, sowie mit Beharrlichkeit auf das Un-
verfehlbarbleiben der hiesigen Werte bis zum erfolglosen Ende
geführt worden. Wie es aber hätte kommen müssen, wenn das
Stadtdirektoratskollegium in seiner Mehrheit aus solchen Reak-
tionären und Scharmachern bestände, wie es genannte Zeitungen
und der Bürgerausschuß sich so schmerzhaft wünschen, das aus-
zumalen, ist unnötig. Die Leidtragenden wären die Stadt und die
gesamte Bevölkerung gewesen denn keiner irgendwelche Zusammen-
gekehrten technischen Nothilfe wäre es möglich gewesen, die
technischen Werte so in Betrieb zu erhalten, daß nicht unermessliche
Schäden erwachsen wäre. Die Bevölkerung hätte noch auf Wochen
hinzu vergeblich auf reguläre Gasabgabe warten müssen. Über
dem durch diese eventuelle Maßnahme bedingte Mehraufwand
hätte die Preise für Strom und Gas exorbitant in die Höhe
schnellen lassen, da die durch Betreibung der Werke entstehenden
Kosten von diesen selbst, also durch Ausschlag auf die Preise ihrer
Produkte hätten getragen werden müssen. Daß dies dem Bürger-
ausschuß gänzlich schuppe war, beweist sein dämlicher Antrag.
Nun war es darum zu tun, den dreimal verdickten Arbeitern, ohne
die es leider heute gar nicht mehr gehen will, die Rente kosten
zu lassen. Das ist ihm vorbehalten.

Aber auch die Leipziger Ärzteschaft fühlte sich mit-
berufen, gegen die Gemeindefürsorge scharf zu machen. Dabei
überlebend, daß in der Bevölkerung noch sehr stark die Erinnerung
an das Verhalten der Ärzte während ihres letzten Streikes lebt.
So kam es denn auch, daß sich Ärzte fanden, die Angehörige
von Ausländern zu behandeln ablehnten, obwohl
Gefahr für diese bestand. So wurde dem Arbeiter Sommer vom
Gesetz II eine Operation seines Kindes verweigert, das an
einer Halsgeschwulst litt, deren Nichtbeseitigung zum Erstickungs-
tode führen konnte. Da ein ausgesuchter Arzt die Operation nicht
vornehmen konnte, brachte man das Kind ins Rinderkranken-
haus, Blahmannstraße. Der dort diensthabende Arzt ließ das
1 1/2 jährige Kind entleeren, um die Operation vorzunehmen. Die
Begeisterung wurde nun befragt, was der Vater des Kindes sel.
„Gasarbeitler!“ Die assistierende berufsmäßige menschenfreundliche
Krankenwärterin machte daraufhin den Arzt aufmerksam, daß der
Chirurg angeordnet habe, nur bringende Fälle zu behandeln. Der
Arzt besetzte sich darauf und ließ nun das Kind von der Begeister-
person wieder anleiden, bedauernd die Operation nicht ausführen
zu können, da sie „kein Gas“ hätten. Dabei steht fest, daß auch
das Rinderkrankenhaus in der Lage war, den Betrieb aufrecht-
zuhalten, da es mit Strom versorgt wurde wie die übrigen
Krankenhäuser. Die liebwerte Schwester glaubte noch ein Uebriges
tun zu müssen, indem sie zu dem Kinde sagte:

„Ja Kleine, wenn du gehst bist und du bekommst so ein
Gesche am Hals, dann bedank dich bei deinem Vater und sag
ihm, Vater, daran bist du schuld, weil du damals gestreikt hast!
Gefühlverrohung gebildet sein wollender Ärzte!“

Wir lassen es vorläufig an diesem Beispiel bewenden. Auf
unser telefonische Anfrage bestätigte der Chirurg Prof. Thiemig
den Sachverhalt. Wir machten ihn darauf aufmerksam, daß das
Verhalten der Schwester ungebührlich und geschnitten sei, den Unwillen
der Arbeiterchaft zu erregen, worauf er es für angebracht hielt
zu erwidern, daß es der Schwester wohl eben nicht zu verüben sei,
wenn sie erbot über den Streik sei, der eine Ersetzung des
Dienstes für sie mit sich brachte. Das Urteil über dieses Ver-
halten überlassen wir der Öffentlichkeit.

Weitere Episoden zu schildern, die sich während des Streiks
zutragen, behalten wir uns vor. Wir wollen nur noch kurz auf
die am 10. Oktober im Volkshaus stattgefundenen Versammlun-
gen eingehen. Es drachten fast sämtliche Redner ihren Un-
willen zum Ausdruck, daß das Erreichte unzulänglich
und unannehmbar sei. Diese Ausführungen wurden mit stür-
mischen Beifallsausdrücken begleitet, während den Rednern, die
ihre Ausführungen mehr von früher Erwägung setzten ließen, fast
am Sprechen verhindert wurden. Ein Uebriges taten die Redner
der freien Arbeiterunion, deren es etliche in den Gaswerken gibt,
indem sie verlachten, mit ihrem immer wiederkehrenden, gleich-
lautenden Ausführungen zu beweisen, daß der Kampf, so wie sie es
vorausgesprochen hätten, völlig verloren sei. Ja auch verloren sei,
wenn alle Forderungen reiflos bewilligt worden wären. Diese
Pointe war jedoch für die Waffe der Kollegenchaft zu dumm und
traug sehr mit dazu bei, ein ganz anderes Abstimmungsergebnis
über Annahme oder Ablehnung herbeizuführen, wie es viele
voraussetzen glaubten. Den Bericht hierüber brachte die Volks-
zeitung am 18. Oktober. Wir stellen lediglich noch fest, was der
Vorkampfen den Gemeindefürsorge brachte. Nach dem Stand der
Löhne bis zum 30. September 1920 betrug der Jahresver-
dienst eines gelernten Arbeiters 12 056,20 Mk., eines angele-
rten Arbeiters 11 583,80 Mk., der eines ungelernen Arbeiters
11 007,36 Mk. Der Jahresverdienst nach dem 1. Oktober 1920
beträgt für einen gelernten Arbeiter 12 729,80 Mk., für einen an-
gelernten Arbeiter 12 105,60 Mk. und für den ungelernen Arbeiter
11 604,40 Mk. Das macht ein Mehr beim gelernten Arbeiter von
jährlich 673,40 Mk., beim angeleierten Arbeiter von jährlich
522,44 Mk., beim ungelernen Arbeiter von jährlich 597,04 Mk. Am
Wittwoch, dem 20. Oktober, finden bereits Verhandlungen über
die Regelung der Frauenlöhne mit dem Rat der Stadt
Leipzig statt, das weitere hat der Rat zugesichert, daß den infolge
Strom- und Gasmangels nach Hause entlassenen Arbeitern der
Lohn nach bezahlt wird; es kommt nur ein Bruchteil der
Arbeiter in Betracht. Ebenso nimmt der gemeinliche Ausschuß zu der
Heraufhebung der Arbeitszeit in der Straßenreinigung auf die ur-
sprüngliche noch diese Woche Stellung. Ebenso ist noch die Ar-
beitszeit für die Hausmädchen in den Krankenhäusern und Pflegen-
anstalten zu regeln. Nach der Vereinbarung erhalten insgesamt
die Arbeiter im Jahre mehr:

ca. 700 anseernte Arbeiter . . . A 673 60 Mk. = 471 520. — Mk.
ca. 2500 angeleernte Arbeiter . . . A 572. — „ = 1 430 100. — „
ca. 50 ungelernete Arbeiter . . . A 597,04 „ = 29 852. — „
ca. 3250 Arbeiter erhalten jähr. mehr Summa 1 991 472. — Mk.

Kußerdem kommt hinzu, daß die Retortenhausarbei-
ter in den Gaswerken den Lohn für geleernte Arbeiter erhalten,
da von ihnen die körperlich am schwersten und unerschwinglichste Ar-
beit zu leisten ist, so daß sich die Gesamtlöhnerhöhung auf etwas
über 2 Millionen Mark im Jahre beläuft. Trotz dieser anseh-
lichen hohen Summe ist an den oben verzeichneten Jahreserlösen
des einzelnen Arbeiters leicht erkennlich, daß es selbst nach Auf-
fassung des Rates der Stadt Leipzig unmöglich ist, damit das zum
Leben Notwendige für eine Familie zu beschaffen, da dazu ein
Einkommen von 15 000 Mk. noch nicht genügt. Damit ist treffend
ausgedrückt, was es mit den sogenannten überspannten Forderungen
auf sich hat. Sorge die Regierung für Beseitigung des
Wuchers und für Preisabbau der Lebensmittel und Bedarfs-
artikel, dann liegt den Arbeitern auch nichts daran, sofort mit
neuen Forderungen zu kommen. Das Recht, für zu leistende Ar-
beit eine Bezahlung zu verlangen, daß die Arbeiter mit ihren Fa-
milien sich ernähren und kleiden können, werden sie sich nie nehmen
lassen.

Die Leipziger Kollegenchaft stand in ihrem Kampfe, wie die
Kollegen ganz Sachsens, einmütig zusammen. Die gebrauchten Opfer
waren nicht umsonst. Wenn das Ergebnis aus keine Befriedigung
ausliefte, so wurde doch der Versuch abgewehrt, daß der Arbeit-
geberverband bei fortwährendem Steigen der Preise für den Le-
bensunterhalt den Lohnabbau bei den Gemeindefürsorge — denn
nichts anderes war diese Taktik — nach der Parole des deutschen
Arbeitsgeberverbandes zur Tat werden lassen konnte. Erreicht
wurde die Erhöhung der Rinderzulage auf die Höhe der Staats-
beamten und wöchentliche Lohnzulagen von 11,05, 12,50 und 18 Mk.
für sämtliche Städte Sachsens mit Wohnorten des Chemnitzer We-
kommens, das mehr brachte.

Verband der Gemeindefürsorge
Ortsverwaltung Leipzig.

Kausfrauen, verlangt nur

Dr. Deffer's Backpulver



Unkluge Bekanntmachungen.

2000 Mark Belohnung!
In der Zeit vom April bis Anfang Oktober 1920 ist aus einem verlassenen Lagerraum nach und nach ein großer Vorrat Semdentuch (Renforce 6/4) nekohlen worden.
Die neidische Firma leht auf Ermittlung des Diebes eine Belohnung von 2000 Mark aus. Sachdienliche Beobachtungen wolle man schnellstens an die Kriminalabteilung mitteilen an Kr. B. M. III. 307/20.
Leipzig, am 19. Oktober 1920.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Ausgabe d. Reichshausbrandbescheinigung.
Die Bescheinigung der Reihe B werden in den Räumen des Kohlenamtes - Gerberstraße 3, L. Zimmer 28/40 - an die Kohlenhändler in nachstehender Reihenfolge ausgeben:
Buchstabe A-G Freitag, den 22. Oktober
H-I Sonnabend, den 23. "
M-R Montag, den 25. "
S-Z Dienstag, den 26. "
Gemäß Anordnung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung müssen die Hausbrandbescheinigung der Reihe B bis spätestens 30. November 1920 beim Hauptlieferer vorliegen.
Leipzig, am 18. Oktober 1920.
K. A. 11/44.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Kartoffelland betreffend.
Den Väcltern von Kartoffel- und Kleingemüse-land, die den Vachtins für das Jahr 1921 noch nicht bezahlt haben, wird mitgeteilt, daß ihr Land anderweit vergeben wird, sofern die Zahlung nicht bis zum 26. Oktober 1920 an das städtische Vermessungsamt, Stadthaus, 2. Obergeschoss, Zimmer 848, erfolgt ist.
Leipzig, am 19. Oktober 1920.
Glt.-M. 361.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Tauha. Ausgabe von 20 Pfund Kartoffeln auf den Kopf und die Zeit vom 18. bis 31. Oktober. Donnerstag, nachmittags von 1/2 bis 4 Uhr. Preis: 27% Pfa. für das 1/2 Pf.
In den Grundstücken Markt 6, Schloßstraße 9 (Rittergut) und Dömler Straße 33 ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Eversbeitz Tauha.
Herr Edmund Kuller in Tauha beabsichtigt,

in seinem Grundstück, Eisenbuerger Straße 48, etwa nach 8 Uhr der 1920 besonderer Genehmigung bedürftige Grob- und Kleinschäfflerlei zu errichten. Etwasige Einwendungen gegen die neue Anlage sind, soweit sie nicht privatrechtliche Natur besitzen, binnen 14 Tagen vom Erscheinen der Bekanntmachung an geltend, bei uns anzubringen. Die Verläumnis dieser Zeit schiebt das Einspruchsrecht aus.
Der Stadtrat.

Milch abkochen.
Trotz aller Vorsichtsmahnahmen ist es bei der allgemeinen Verkeimung der Maul- und Klauenseuche nicht ausgeschlossen, daß Milch infiziert. Es ist daher unbedingt erforderlich, die Milch vor dem Gebrauch abzukochen.
Leipzig, 20. Oktober 1920. Ernährungsamt.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Mitglieder-Versammlungen in den Bezirken.

Berichterstattung von dem Parteitag

- Donnerstag, den 21. Oktober 1920, abends 1/2 8 Uhr
- Alt-Leipzig, Volkshaus, Gesellschaftsraum . . . Referent: Genosse **Vipinski**
 - Ostbezirk, Albertgarten Referent: Genosse **Kyffel**
 - Südostbezirk, Papiermühle Referent: Genosse **Wilbeis**
 - Südbezirk, Connewitz, Eiseller Referent: Genosse **Bruchardt**
 - Tauhaer Bezirk, Goldner Löwe Referent: Genosse **Wahig**
 - Westbezirk, Westendhallen Referent: Genosse **Paul Blotke**
 - Leuzsch-Böhl.-Ehrenb., Schwarzjäger Referent: Genosse **Liebmann**

- Freitag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr
- Nordbezirk, Gohlis, Neuer Gasthof . . . Referent: Genosse **Vipinski**
- Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Hauptvorstand.

Freitag, den 22. Oktober 1920, abends 7 Uhr
Vorstände-Konferenz im Volkshaus, Nebensaal links
Jeder Ortsverein muß durch den Vorsitzenden und Kassierer vertreten sein.

Sonntag, den 24. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr
Halbjahres-Generalversammlung im Volkshaus.

Felsenkeller

Die große Welt!
Eine Stätte, in der man sich nicht langweilt.
Morgen Donnerstag, von 1/2 7 Uhr an
Die illustrierte Ballschau!

Reichshallen

Inh.: R. Liebold
L.-Vo., Elisabethstr. 3-7. Tel. 60 586
Straßenbahn 2, 8 und 17.
Heute Mittwoch sowie Sonntag
Großer Elite-Ball
Tanz (Leit. Matz); Herren 3, Damen 2 Mk. Eigene Beleuchtung.

Öffentliche Versteigerung.
Geb. Wohnungs-Einrichtung, besteh. aus Küche, 2 Bettstellen mit Matratze und verschiedenes.
Donnerstag, den 21. Oktober, nachm. 5 Uhr
in Lindenthal, Alter Gasthof.

In unserm Verlage erschien:
Gerhart Seger
Kunst und Historischer Materialismus
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung
Preis Mark 2.-
Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen
LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.
Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21

Ortsverein Schönfeld (U.S.P.D.)

Freitag, den 22. Oktober 1920
im Saale des Gesellschaftshauses
Kunst-Abend
Mitwirkende:
Holzbläsertrio: die Herren Oskar Fischer (Flöte), Walter Heinze (Oboe), Karl Schäfer (Fagott) (Mitglieder des Gewandhausorchesters) Opernsängerin Frau Hedwig Borchers-Didam (Sopran), Herr Kapellmeister Otto Didam (Klavier), Männergesangsverein Hoffnung, Schönfeld, Rezitation: Herr Wilhelm Engst (Mitglied der Städtischen Theater).
Die Zusammenstellung des Programms erfolgte vom Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut Leipzig.
Einlass 7 Uhr. Eintritt 2 Mk. Anfang 8 Uhr.

Ortsverein L.-Ost.

Die Bibliothek
bleibt besonderer Umstände wegen bis auf weiteres geschlossen.
Der Vorstand.

Eröffnung meiner Fischdetailhandlung

am Donnerstag, dem 21. Oktober, in L.-Lindenu, Gundorfer Str. 17.
Ich führe nach wie vor nur das Beste zu billigsten Tagespreisen.
Verkauf an Wiederverkäufer und Versand nach auswärts in bisheriger Weise.
Joh. Rutschka Fischwarengroßhandl. Fernruf 33 203.

ff. Leder-Ausschnitt

empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Leipzig
Bureau: Gerberstr. 1, II, Gold Victoria, Zimmer 16-18 und 23-24, Geschäftsführer: Zimmer 16-18 von 8-12 u. 4-6 Uhr, Sonnabends durchgehend von 8-11 Uhr, Zimmer 23 von 3-6, Sonnabends von 1-4 Uhr
Zur glatten Abwicklung der Geschäfte ist es notwendig, die Geschäftszeit auch pünktlich einzuhalten

Bergolder, Rahmentischler und verwandte Berufe.
Die wegen dem Gemeindefeststellung ausgefallene Branchenversammlung findet nunmehr am Dienstag, dem 26. Oktober 1920, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Nebenraum rechts, statt. Tagesordnung: I. Vortrag des Kollegen Arthur Wolf; II. Branchenangelegenheiten und Ergänzungswahl zur Sektionsleitung.
Die Branchenleitung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Leipzig.
Bureau: Gerberstr. 1 (Gold Victoria), I. Etage, Zimmer 2-3, Tel. 1.793.
Bureauzeiten: Sonn- u. Montag 8-11 Uhr, Sonnab. nur 8-11 Uhr.

Achtung! Frauen und Mädchen! Freitag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus (Gesellschaftsraum) spricht Genossin **Corbier** über: Frauenarbeit und Sozialismus. Es ist Pflicht jeder Kollegin, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Rindleder-Coupekoffer Cartons

Desgleichen in deutscher Fiber. Größte Auswahl. Nur eigene beste Fabrikate. Billigste Preise.
Karl Blaich Windmühlenstraße 32 Tauchaer Straße 16.
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel und div. fl. Lederwaren.

Verband der Steinsetzer und Berufsgen. Deutschlands. - Filiale Leipzig.

Freitag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr:
Versammlung im Volkshaus.
Tagesordnung:
1. Die Arbeitslosigkeit in unserem Beruf, 2. Abrechnung vom 3. Quartal, 3. Gewerkschaftliches. Kollegen! Es ist dringend notwendig, daß Ihr die Versammlung zahlreich besucht, da verschiedene wichtige Sachen zu erledigen sind.
Der Vorstand.

Allgem. Ortskrankenkasse Leipzig-Land.

Der mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hergestellte Lehrfilm
Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen
soll mit unserer Unterstützung am 21. und 22. d. M. in den Lichtspielen Goldner Adler in Zwenkau von 6 1/2 Uhr abends an vorgeführt werden.
Wir haben eine größere Anzahl Eintrittskarten für die beiden Vorstellungen erworben und geben diese zu dem ermäßigten Preise von 75 Pfa. pro Stück an unsere in Zwenkau und Umgegend wohnhaften Mitglieder und deren Angehörige gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches oder eines ähnlichen Ausweises ab. Der Kassenvorstand erwartet, daß die von ihm mit unerbittlichen Mitteln unterstützte Vorführung des Lehrfilms durch regen Besuch die gebührende Beachtung findet.
Personen unter 16 Jahren haben keinen Zutritt zu den Vorstellungen.
Leipzig, den 18. Oktober 1920.
Der Kassenvorstand.
August Böhle, Kassenvorstand.

Habe mein Geschäft von **Berliner Str. 5** nach **L.-Reudnitz, Kuchengartenstraße 6** verlegt und bitte mir das bewiesene Vertrauen auch weiterhin entgegen zu bringen.
Adolf Fechenbach
Einkauf von Lumpen, Knochen Metallen, Papier und Flaschen.

Familien-Nachrichten

Nach kurzer Krankheit verchied heute Nachmittags meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Emilie Pannier geb. Schaade
im 62. Lebensjahre. In tiefer Trauer zeigen dies an Böhlis-Ehrenberg, 19. Oktober 1920.
August Pannier nebst Kindern.
Beerdig. Freitag 1/2 2 Uhr v. d. Halle, Gundorf-Friedhof.